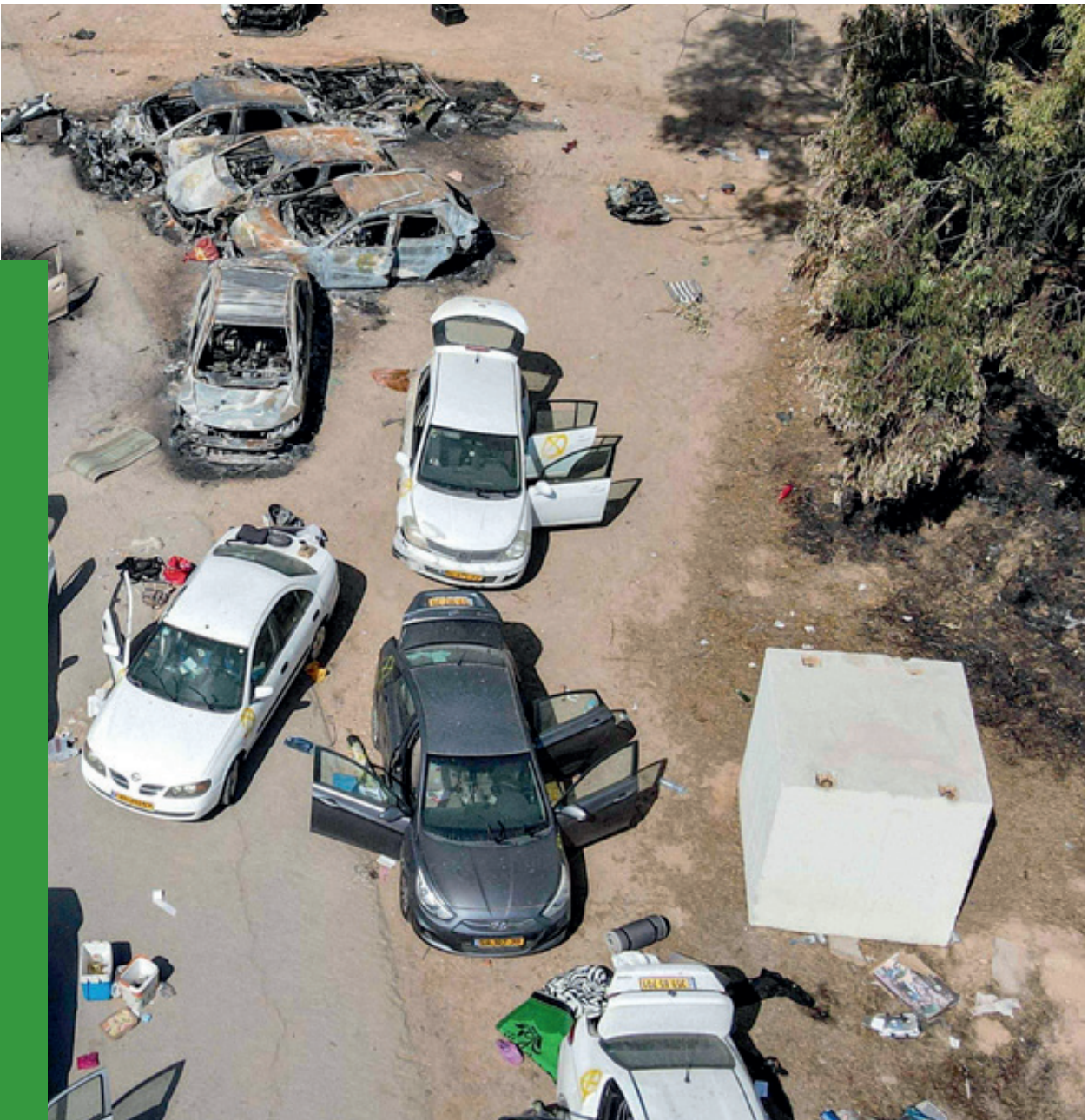
Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Nachrichtendienst des Bundes NDB

2024

SICHERHEIT SCHWEIZ



Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

SICHERHEIT SCHWEIZ

Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes

2024

Abbildung 1

ENTSCHEIDGRUNDLAGEN FÜR HEUTE UND MORGEN

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine im Februar 2022 markiert eine Zeitenwende. Weltweit nehmen Spannungen zu und Konflikte flammen neu auf. Hinzu kommt die jüngste Eskalation im Nahen Osten nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023. Auch die Schweiz ist von diesen Entwicklungen unmittelbar betroffen. Ihr sicherheitspolitisches Umfeld ist unberechenbarer, diffuser und gefährlicher geworden.

Dieser neuen Bedrohungslage muss unser Land Rechnung tragen. In der Schweiz ist Sicherheitspolitik eine Verbundaufgabe. Als Bundesbehörde leistet auch der Nachrichtendienst des Bundes NDB einen zentralen Beitrag. Eine seiner Aufgaben ist es, den Sicherheitsverbund mit Informationen und Beurteilungen der Bedrohungslage zu versorgen. Diese dienen als Entscheidungsgrundlage und tragen zum Schutz wichtiger nationaler Interessen bei.

Der notwendige Effort zur Wahrung der Sicherheit geht allerdings weit über die Behörden hinaus. In einem demokratischen Land wie der Schweiz müssen die Bürgerinnen und Bürger in die Sicherheitspolitik einbezogen werden. Dies gilt ganz besonders in Zeiten, in denen offene Gesellschaften wie die unsere zunehmend feindlichen Beeinflussungsaktivitäten wie Desinformation und "Fake News" ausgesetzt sind.

Der von mir in Auftrag gegebene und kürzlich publizierte Bericht der Studienkommission Sicherheitspolitik empfiehlt, die Resilienz der Bevölkerung zu stärken und sie für die Bedrohung mit einfachen und verständlichen Analysen zu sensibilisieren. Eine solche Analyse publiziert der NDB seit 2010 jährlich – und auch dieses Jahr – mit dem Bericht «Sicherheit Schweiz».

Der Bericht ist ein Ergebnis der prospektiven und präventiven Arbeit des NDB. Im Rahmen der VBS-Strategie leistet der Nachrichtendienst einen wesentlichen Beitrag zur Frühwarnung. Durch gezielte operative Massnahmen hilft er, Bedrohungen frühzeitig abzuwehren und deren Folgen zu minimieren. Die Überarbeitung des Nachrichtendienstgesetzes soll den NDB in dieser Rolle weiter stärken.

Der Bericht «Sicherheit 2024» des NDB legt die aktuellen Entwicklungen offen: Die internationale Ordnung, die für die global vernetzte Schweiz von grosser Bedeutung ist, ist geschwächt. Macht droht vor Recht zu treten, und die Hemmschwelle zur Anwendung militärischer Gewalt ist markant gesunken. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine und das weltweite Erstarken autoritärer Kräfte bedrohen die regelbasierte Ordnung sowie die demokratisch-freiheitliche Staatenwelt, die sich auf das Recht, auf die Menschenrechte und auf völkerrechtliche Prinzipien beruft. Russland und andere staatliche Akteure führen nicht nur Krieg gegen die Ukraine, sondern einen hybriden Konflikt mit den westlichen Staaten, der uns etwa in Form von Spionage, Proliferation und Beeinflussungsaktivitäten direkt trifft. Auch die Folgen des terroristischen Angriffs der Hamas auf Israel spürt die Schweiz – durch die Verschärfung der bereits erhöhten Terrorbedrohung und die eskalierende Lage im Nahen Osten, die auch unsere Versorgungswege beeinträchtigt.

Die folgenden Seiten sind keine erfreuliche Lektüre. Ich lege Ihnen diese als Bürgerinnen und Bürger der Schweiz trotzdem ans Herz!

Viola Amherd, Bundespräsidentin
Eidgenössisches Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport VBS

Abbildung 2

DER LAGEBERICHT IN KÜRZE

Wir leben in einer gefährlichen, volatilen Übergangszeit hin zu einer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse. Ihre Dauer ist unbestimmt. Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz verschlechtert sich von Jahr zu Jahr weiter, und die Schweiz ist angesichts des stark polarisierten Umfelds mit Multikrisen und mit Waffengewalt ausgetragenen Konflikten in Europa und an Europas Peripherie deutlich weniger sicher als noch vor wenigen Jahren. Europa befindet sich in einer herausfordernden Lage: Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine macht Europa die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA schmerzhaft deutlich.

Eine Gruppe eurasischer Autokratien – China, Russland, Nordkorea und Iran – kooperiert vermehrt auch militärisch, was Auswirkungen auf regionale Kriege und Krisen hat. Diese Staaten wollen den Einfluss der USA zurückdrängen und bekämpfen westliche Ordnungsvorstellungen. Sie versuchen, den Status quo in ihrer jeweiligen Region zu verändern und eigene Einflusssphären einzurichten. China strebt danach, bis Mitte des Jahrhunderts eine Weltmacht zu werden. Die engere militärische Zusammenarbeit dieser Staaten ist eines der besorgniserregendsten unter den sich derzeit abzeichnenden strategischen Mustern. In den nächsten Monaten werden deshalb fünf Konflikte und Krisen die westlichen Staaten besonders herausfordern. Die westliche Vormacht USA wird zudem durch die Präsidentschaftswahl 2024 und eine neue Administration innenpolitisch absorbiert sein.

- **Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine** hat sich zu einem Abnutzungskrieg ohne absehbares Ende gewandelt. Russland bleibt fest entschlossen, den Krieg fortzuführen, und sein militärisches Potenzial wird in den nächsten Monaten weiter zunehmen. Demgegenüber ist es für die USA und in Europa politisch schwieriger geworden, die für die Ukraine existenziell wichtige Hilfe zu leisten. Die Zeit spielt damit gegenwärtig für Russland.

- **Der terroristische Grossangriff der Hamas auf Israel** und der daraus resultierende Gazakrieg erschüttern den Nahen Osten schwer. Israel wird es sehr wahrscheinlich nicht gelingen, die Hamas als Machtfaktor auszuschalten. Die Intensität der Schlagabtausche zwischen Israel und der sogenannten Achse des Widerstands nimmt seit Oktober 2023 kontinuierlich zu. Seit Mitte September 2024 bekämpft Israel die Hisbollah in Libanon verstärkt und fordert damit Iran und dessen Regionalstrategie heraus. Zwar will Iran sehr wahrscheinlich eine den Fortbestand des Regimes bedrohende militärische Eskalation mit Israel und den USA vermeiden, ist jedoch auch bereit, Risiken einzugehen, die zu israelischer Vergeltung führen können.

- **Die «Wiedervereinigung» mit Taiwan** bleibt ein Kerninteresse der Volksrepublik China. China rüstet militärisch massiv auf und wird den Druck auf Taiwan wahrscheinlich weiter erhöhen. Ein grösserer militärischer Konflikt um Taiwan ist in den kommenden Jahren zwar unwahrscheinlich, doch hätte selbst eine begrenzte Eskalation gravierende Konsequenzen für die Weltwirtschaft und die globale Sicherheitslage.

- Auf der **koreanischen Halbinsel** werden die Spannungen sehr wahrscheinlich zunehmen. Nordkorea forciert seine Nuklearwaffen- und Trägermittelprogramme weiter. Ihm gelangen dabei markante technologische Fortschritte. Die Annäherung an Russland im Sog des Kriegs gegen die Ukraine ist bemerkenswert; beide Staaten profitieren von zunehmender militärischer Zusammenarbeit.

- Auf dem **afrikanischen Kontinent** hat sich die Sicherheitslage insbesondere in der Sahelregion weiter verschlechtert. In Westafrika erfolgte seit 2020 eine Reihe von Staatsstreichen, und der Autoritarismus nimmt in zahlreichen Ländern zu. Afrikanische Rohstoffe und die diplomatische Unterstützung durch afrikanische Staaten sind für die Grossmächte von strategischer Bedeutung.

Zudem charakterisiert eine weiter zunehmende Zahl sicherheitspolitisch relevanter Akteure das strategische Lagebild. Dazu gehören neben den rivalisierenden Gross- und Regionalmächten inter- und supranationale Institutionen, aber vor allem auch nichtstaatliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Technologiekonzerne, Terrororganisationen oder lose zusammenarbeitende Individuen, etwa Hackergruppierungen, die unter den heutigen technologischen Rahmenbedingungen die Sicherheit ganzer Staaten beeinflussen und in Frage stellen können. Die Vielzahl der Akteure und der Bedrohungen sowie deren Vernetzungen machen das sicherheitspolitische Umfeld unberechenbarer und erhöhen das Risiko für – möglicherweise auch strategische – Überraschungen.

- Die Bedrohungslage im Bereich **Angriffe auf kritische Infrastrukturen** ist stabil. Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und die zunehmende Intensität von Ransomwareangriffen bleiben für die Bedrohung und Sicherheit kritischer Infrastrukturen bestimmend. Gegen die Schweiz gerichtete, direkte Cyberangriffe staatlicher Akteure auf Betreiber kritischer Infrastrukturen bleiben aber äusserst unwahrscheinlich. Erst in einem direkten Konflikt mit einem Staat würden solche Angriffe rasch wahrscheinlicher. Die konkreteste Bedrohung sind im Cyberbereich die kriminell und oft rein opportunistisch agierenden, finanziell motivierten Akteure.

- Der Krieg gegen die Ukraine und die sich weltweit verschärfende machtpolitische Konfrontation haben die hybride Bedrohung auch für die Schweiz erhöht, insbesondere durch **russische Beeinflussungsaktivitäten**. Sicherheitspolitisch relevant sind Beeinflussungsaktivitäten dann, wenn sie von Staaten ausgehen und sich gegen das Funktionieren eines Staats und einer Gesellschaft richten und darauf abzielen, die demokratische Ordnung eines Staats zu unterminieren. Dies grenzt Beeinflussungsaktivitäten von üblicher Interessenvertretung ab, die auf legitime Art und Weise zur Meinungsbildung beitragen soll. Offene, demokratische Gesellschaften können lohnende Ziele sein, um auf deren freie Debatten Einfluss zu nehmen. Die relevanteste Bedrohung geht dabei aktuell von Russland und China aus.

- Die **Spionagebedrohung** bleibt hoch. Dass sich in der Schweiz viele lohnende Spionageziele befinden, lockt Nachrichtendienste aus aller Welt an. Zahlreiche Nachrichtendienste unterhalten in der Schweiz getarnte Stützpunkte. Sie verfügen über die Fähigkeit und hegen die Absicht, ihre Aktivitäten sowohl gegen die Schweiz als auch gegen ausländische Entitäten in der Schweiz zu richten. Die grösste Spionagebedrohung der Schweiz geht aktuell von mehreren russischen Nachrichtendiensten aus.

- Im Bereich der **Proliferation** stellt Russlands Versuch, die westlichen Sanktionen über Privatfirmen in Drittstaaten zu umgehen, für die Schweizer Exportkontrolle bewilligungspflichtiger Dual-use-Güter eine grosse Herausforderung dar.

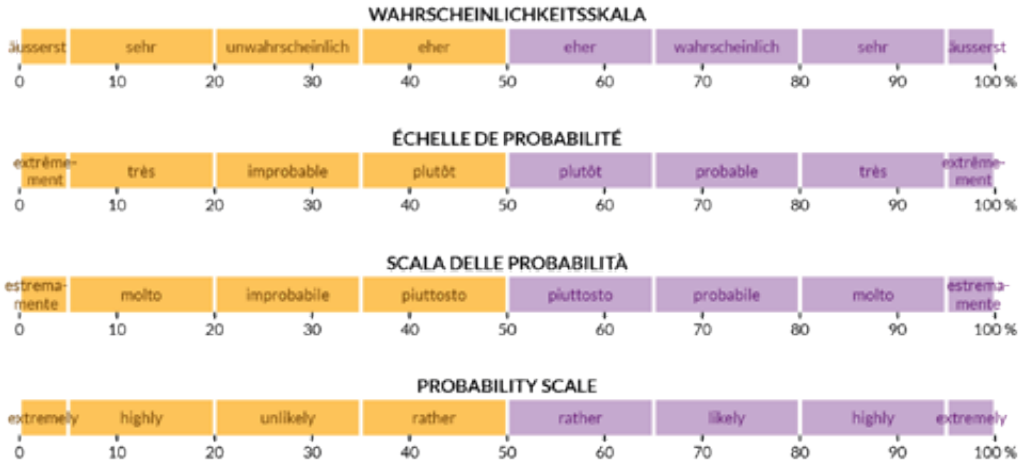
- Die **Terrorbedrohung** in der Schweiz bleibt erhöht; sie hat sich 2024 sogar zusätzlich akzentuiert. Sie wird weiterhin massgeblich von dschihadistisch inspirierten einzelnen

Personen geprägt. Seit Jahresbeginn 2024 registriert der NDB eine intensivierte internationale Dynamik bei dschihadistischen Akteuren. Dies widerspiegelt sich etwa in einer Häufung polizeilicher Interventionen in Europa wegen Terrorverdachts. Der Islamische Staat - Khorasan verfügt über weitreichende Netzwerke und damit über grundlegende, wenn auch begrenzte Fähigkeiten und Mittel, um Anschlagsabsichten in Europa in die Tat umzusetzen.

- Die gewalttätige rechts- und die gewalttätige linksextremistische Szene setzen ihre Aktivitäten in gewohnter Weise fort. Die jeweils vom **gewalttätigen Rechts- und Linksextremismus** ausgehenden Bedrohungen haben sich auf einem erhöhten Niveau stabilisiert.

- Insbesondere im Bereich Dschihadismus, aber auch im Bereich des gewalttätigen Rechtsextremismus ist in der Schweiz eine Zunahme von **Radikalisierungen Minderjähriger** festzustellen. Diese erfolgt online, in kurzer Zeit und kann bis zur Verübung eines Terroranschlags führen.

Übersicht über die in diesem Bericht verwendeten Wahrscheinlichkeitsangaben



Der NDB benützt für die Darstellung der für die Schweiz relevanten Bedrohungen das Instrument Lageradar. In einer vereinfachten Version ohne vertrauliche Daten ist der Lageradar auch Bestandteil des vorliegenden Berichts. Diese öffentliche Version führt die Bedrohungen auf, die im Arbeitsgebiet des NDB und des Bundesamtes für Polizei liegen. Auf Themen anderer Bundesstellen wird im Bericht nicht eingegangen, sondern auf deren Berichterstattung verwiesen.

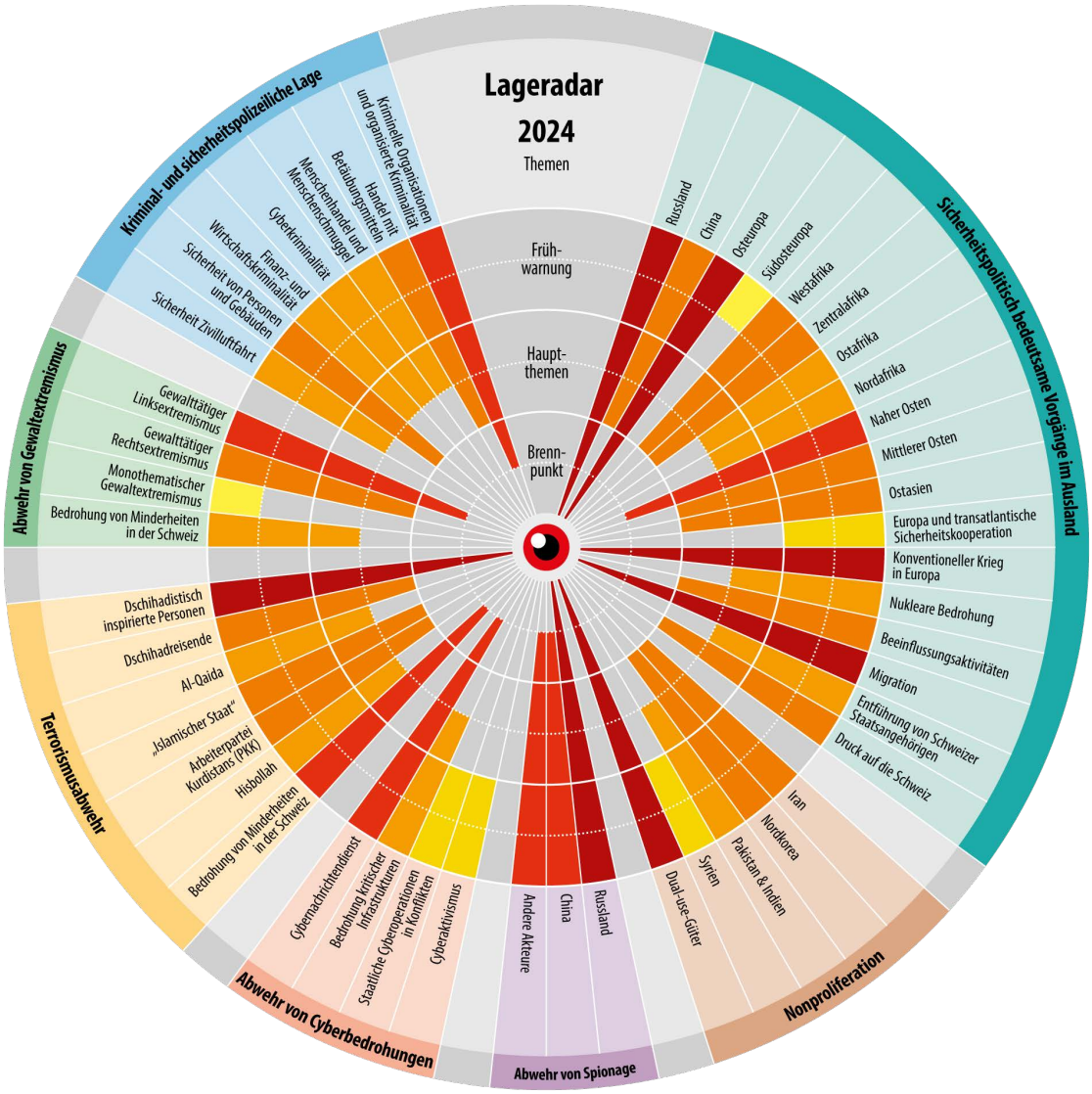


Abbildung 3

STRATEGISCHES UMFELD

WELT OHNE ORDNUNG: EINE GEFÄHRLICHE UND VOLATILE ÜBERGANGSZEIT

Das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, seit 2022 drastisch und voraussichtlich auf lange Zeit. Mit der russischen Aggression ist der zwischenstaatliche Krieg nach Europa zurückgekehrt. Während Russland seinen Krieg gegen die Ukraine fortsetzt, entfalteten sich 2023/2024 mehrere Kriege und Krisen, die die Sicherheit Europas ebenfalls betreffen. Dazu gehören der terroristische Grossangriff der Hamas auf Israel und seine Folgen im Nahen und Mittleren Osten, Aserbaidschans militärisches Vorgehen im Konflikt mit Armenien, Gewaltausbrüche in Nordkosovo und Militärputsche auf dem afrikanischen Kontinent.

Das sicherheitspolitische Umfeld ist komplex. Grund dafür ist eine Renaissance der Macht- und Geopolitik seit mehreren Jahren. Zudem hat die Anzahl relevanter Akteure weiter zugenommen. Dazu gehören nebst rivalisierenden Gross- und Regionalmächten, inter- und supranationale Institutionen, aber auch nichtstaatliche Akteure wie Nichtregierungsorganisationen, Technologiekonzerne, Terrororganisationen und selbst lose zusammenarbeitende Individuen, etwa Hackergruppierungen, die die Sicherheit ganzer Staaten beeinträchtigen können.

MYTHOS MULTIPOLARITÄT

Der NDB vermeidet es bewusst, die aktuelle Welt als «multipolar» zu bezeichnen, obwohl das zuletzt in Mode gekommen ist. «Polarität» bezieht sich auf die Anzahl von Grossmächten im internationalen System, die dank ihrer Wirtschaftskraft, militärischer Macht und Allianzen sowie dank kultureller oder wirtschaftlicher Anziehungskraft weltweiten Einfluss ausüben. Wichtig ist dabei in Abgrenzung zu Regionalmächten oder Ländern mit grossen Bevölkerungen und wachsenden Volkswirtschaften, dass Pole über ein komplettes Portfolio dieser Machtfähigkeiten verfügen. Wenn empirische Fakten berücksichtigt werden, ist die Welt heute nicht multipolar. Sie ist auch nicht bipolar. Die Abstände in der Mächtebalance zwischen den USA, China und Russland sind nach wie vor zu gross. China ist mittelfristig das einzige Land mit der wirtschaftlichen Grösse, der militärischen Macht und dem globalen Einfluss, um einen Gegenpol zu den USA zu bilden.

Wir leben in einer gefährlichen und volatilen Übergangszeit zu einer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse. Deren Dauer ist unbestimmt. Globale Ordnungsprinzipien erodieren. Mit dem Schwinden einer von den USA dominierten Phase zeigen sich Hinweise auf die Entwicklung hin zu einer neuen Weltordnung: Seit mehreren Jahren dominiert der globale strategische Trend der Herausbildung von zwei Sphären, die allenfalls später zur Blockbildung führen könnte: Auf der einen Seite freiheitlich-demokratisch verfasste Staaten wie die USA, die EU-Mitglieder und weitere westliche Staaten, einschliesslich Japan, Südkorea, Australien; auf der anderen Seite China, Russland und andere autoritäre Staaten wie Nordkorea und Iran.

Im Unterschied zum Kalten Krieg entwickeln sich diese beiden Sphären jedoch in einer globalisierten Welt. Während die Akteure in den zwei rivalisierenden Lagern die beiden Sphären teilweise voneinander abzugrenzen versuchen (Stichworte «Derisking», «selektive Entkoppelung»), vertiefen sie gleichzeitig die ökonomische Integration innerhalb der jeweiligen Sphäre: die transatlantische wirtschaftliche Integration setzt sich fort, und die Beziehungen von Russland mit China, Nordkorea und Iran werden enger. Gleichzeitig bleiben die meisten Akteure bestrebt, gewisse Kontakte und Handel auch mit Ländern des anderen Lagers aufrechtzuerhalten. Dies gilt auch für die Mehrzahl der europäischen Staaten.

Ambitionierte Regionalmächte wie Indien, Saudi-Arabien oder die Türkei wollen weder von den USA noch von China abhängig sein. Sie wollen mit China Handel treiben, aber gleichzeitig mit den USA sicherheitspolitisch zusammenarbeiten. Die sich abzeichnende globale Ordnung ist entsprechend fluid und noch wenig strukturiert. Angesichts dieser polarisierenden Entwicklung ist mit wachsendem politischem und wirtschaftlichem Druck auf die Schweiz zu rechnen. Es dürfte vermehrt gefordert werden, dass die Schweiz Solidaritätsbeiträge leistet und sich politisch positioniert.

In der aktuellen Weltunordnung werden in den kommenden Monaten insbesondere zunehmend miteinander verwobene regionale Kriege, Konflikte und Krisen in Europa, Nahost und Asien die westlichen Staaten strategisch herausfordern – und dies ausgerechnet in einer Zeit, in der die westliche Vormacht USA durch den Präsidentschaftswahlkampf und eine neue Präsidentschaft innenpolitisch absorbiert sein wird.

China, Russland, Iran und Nordkorea kooperieren vermehrt auch militärisch, was verstärkt Auswirkungen auf regionale Kriege und Krisen hat. Sie wollen den Einfluss der USA zurückdrängen, bekämpfen freiheitlich-demokratische Ordnungsvorstellungen und versuchen, den Status quo in den jeweiligen Regionen zu verändern beziehungsweise ihre eigenen Einflusssphären einzurichten. Unter den sich aktuell abzeichnenden Mustern ist die verstärkte Kooperation zwischen den vier eurasischen Autokratien China, Russland, Iran und Nordkorea eines der besorgniserregendsten. Die politischen, wirtschaftlichen, technologischen und militärischen Verbindungen unter diesen Akteuren sind enger und stärker als je zuvor, und sie fordern die USA und ihre Verbündeten sicherheitspolitisch an verschiedenen Fronten gleichzeitig heraus.

Die Coronapandemie sowie die Kriege gegen die Ukraine und im Nahen Osten zeigen ferner, dass auch künftig mit Ereignissen gerechnet werden muss, die überraschend eintreten und massiven Schaden bewirken können: die Implosion einer grossen Volkswirtschaft, ein Führungsvakuum nach Putsch oder Tod, ein regionaler Konflikt oder eine neue Pandemie.

DIE RICHTUNGSWAHL IN DEN USA

2024 wird dominiert vom langen Wahlkampf für die amerikanische Präsidentschaftswahl vom 5. November 2024. Die Weltmacht USA wird gleichzeitig an verschiedenen Fronten in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und in Asien stark gefordert. Die Administration von Präsident Joe Biden hat in ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie von 2022 die strategische Rivalität mit China ins Zentrum gerückt. Aber der seit über zehn Jahren geplante strategische Schwenk nach Asien wird einmal mehr von Kriegen und Krisen in anderen Regionen verzögert. Die USA werden dennoch weiter an der Eindämmung Chinas und der Abschreckung einer unilateralen Änderung des Status quo Taiwans arbeiten.

Die Biden-Administration setzt im Konflikt mit den eurasischen Autokratien auf die eigene globale Führungsrolle und die eigenen Allianzen. Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu einer Norderweiterung und Revitalisierung der Nato. Die USA übernahmen dabei eindeutig die Führung. Seit Herbst 2023 ist die amerikanische Ukrainepolitik jedoch innenpolitisch kontroverser geworden, die eigene Militärhilfe an die Ukraine wurde monatelang im Kongress blockiert. Die innenpolitische Polarisierung hatte damit auch konkrete Folgen für die Ausrichtung der amerikanischen Sicherheitspolitik.

Im Nahen Osten sind die USA seit Oktober 2023 mit einem weiteren Krieg konfrontiert. Dieser birgt das Risiko einer Eskalation zum Regionalkrieg mit Iran. Die USA verloren in der arabischen Welt und im Globalen Süden wegen ihrer Unterstützung Israels viel Sympathien. Sie sehen sich inzwischen gleichzeitig mit zwei Kriegen konfrontiert und durch die strategische Rivalität mit China herausgefordert. Mit der gleichzeitigen Herausforderung durch immer enger miteinander kooperierende eurasische Autokratien droht den USA das Szenario einer strategischen Überdehnung.

Die kommende amerikanische Präsidentschaftswahl ist erneut eine Richtungswahl für die künftige globale Rolle der USA. Inwieweit die USA eine globale Ordnungsmacht bleiben wollen oder einen quasi isolationistischen Kurs verfolgen werden, ist gerade für die europäische Sicherheit und damit auch die Schweiz die entscheidende Frage. Eine Schockwirkung auf den transatlantischen Sicherheitsverbund bleibt jedenfalls eine reale Möglichkeit.

Eine quasi isolationistische Aussen- und Sicherheitspolitik und die Reduktion des amerikanischen Verteidigungsengagements in Europa oder auch nur eine unklare Haltung zur Bündnisverpflichtung der Nato hätten äusserst wahrscheinlich weitere negative Folgen für das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz.

Radikale Brüche in der amerikanischen Sicherheitspolitik sind möglich. Dazu würden eine Kürzung der amerikanischen Hilfe an die Ukraine und eine Schwächung der Nato gehören. Mit einer ukrainischen Niederlage im Krieg und einer gleichzeitigen Schwächung der Nato unter einem drastisch reduzierten Engagement der USA in Europa wäre das russische Militär wahrscheinlich in einigen Jahren stark genug für einen militärischen Angriff in der selbstdeklarierten russischen Einflusszone an der

Nato-Ostflanke. Dagegen könnten die europäischen Nato-Staaten den Wegfall amerikanischer Kapazitäten in den nächsten fünf bis zehn Jahren sehr wahrscheinlich nicht kompensieren. Offen ist, ob Russland diese Gelegenheit nutzen würde. Sollten die USA ihre Militärpräsenz in Europa verringern, hätte dies auf jeden Fall gravierende negative Konsequenzen für das Abschreckungspotenzial der Nato gegenüber Russland.

Fokus: 5. November 2024

Abbildung 4

EUROPÄISCHE SICHERHEIT: DAS UMFELD DER SCHWEIZ WIRD UNSICHERER

Die Schweiz ist zwar immer noch relativ sicher, aber angesichts des stark polarisierten Umfelds mit Multikrisen und mit Waffengewalt ausgetragenen Konflikten in Europa und an Europas Peripherie weniger sicher als noch vor wenigen Jahren. Europa befindet sich in einer herausfordernden Lage: Die russische Invasion der Ukraine macht Europa die sicherheitspolitische Abhängigkeit von den USA deutlich. Im Ringen zwischen den USA und den enger kooperierenden eurasischen Autokratien ist die EU gefordert, handlungsfähig zu bleiben und sich als Akteur zu behaupten.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine offenbarte militärische Defizite Europas, die derzeit nur von der amerikanischen Sicherheitsgarantie ausgeglichen werden, dem traditionellen Achsnagel der transatlantischen und europäischen Sicherheit. Auch bei der Reaktion auf den russischen Krieg gegen die Ukraine übernahmen die USA bisher die Führungsrolle und leisteten einen gewichtigen Teil der westlichen Militärhilfe, ohne die die Ukraine derzeit nicht überlebensfähig wäre. Vorderhand bleibt die von den USA dominierte Nato das Fundament der Verteidigung Europas, und die USA leisten den grössten und wohl auch in den nächsten Jahren unverzichtbaren Beitrag an die europäische Sicherheit.

Die EU und Grossbritannien leisten aber seit dem strategischen Schock von 2022 bemerkenswerte Beiträge zur Verteidigung der Ukraine und zur europäischen Sicherheit. Ihre wirtschaftlichen Sanktionen schwächen Russland, wenn auch weniger als beabsichtigt. Mit der Reduzierung ihrer Abhängigkeit von russischer Energie hat die EU sich weniger erpressbar gemacht. Zudem hat der russische Angriffskrieg zu einer Intensivierung ihrer Beziehungen mit der Ukraine geführt: EU-Mitglieder leisten direkte militärische Unterstützung in Form von Waffenlieferungen, dem Austausch nachrichtendienstlicher Informationen und Ausbildungsunterstützung. Die Perspektive eines EU-Beitritts gibt der Ukraine ferner eine Aussicht, nach dem Krieg ein fester Teil der westlichen Staatenwelt zu werden, und ist Voraussetzung eines erfolgreichen Wiederaufbaus.

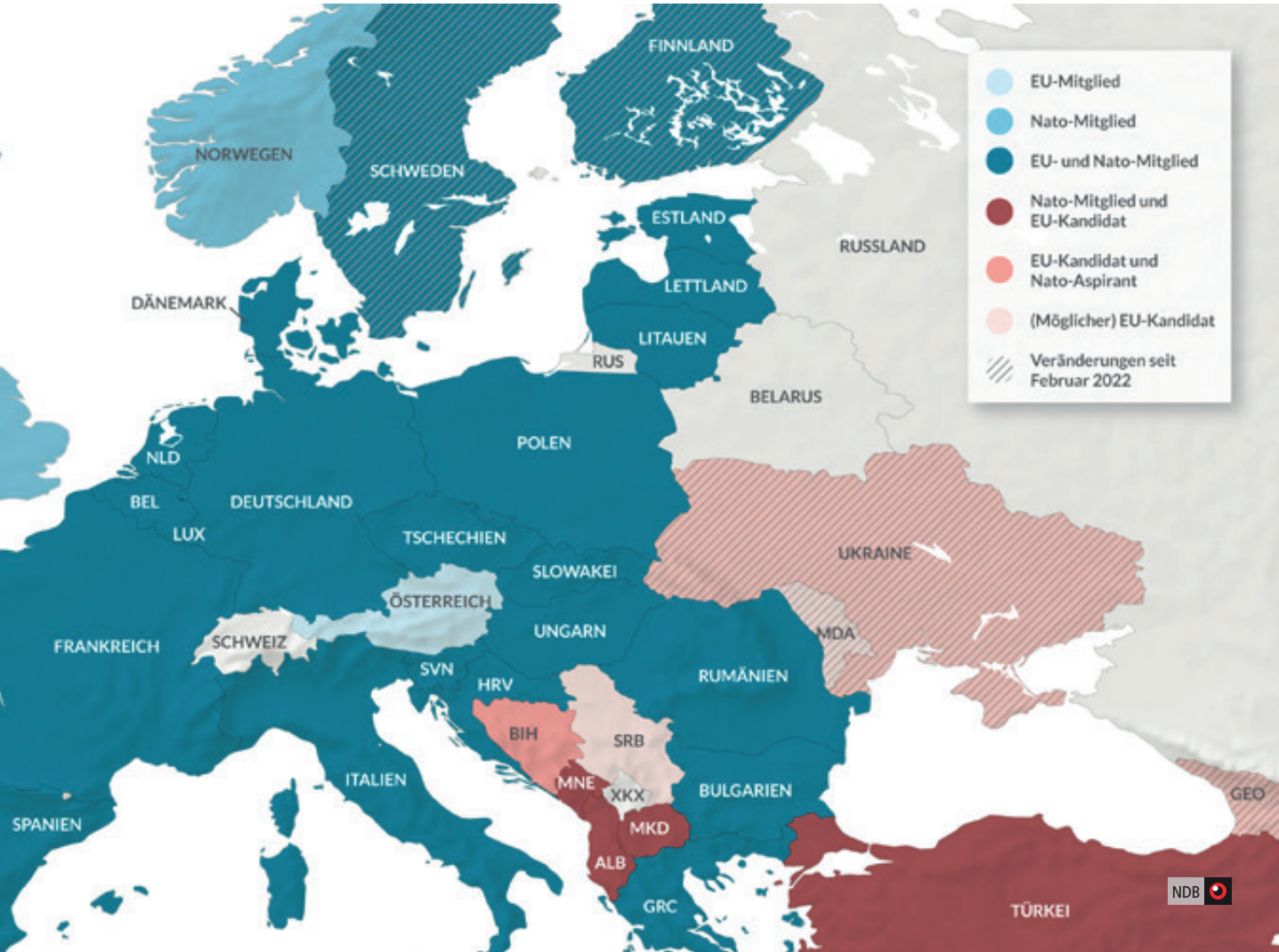
Trotz der unmittelbaren und anhaltenden Bedrohung hat die EU Fortschritte, aber bislang noch keinen grossen Sprung in ihrer Kapazität als Sicherheitsakteur vollzogen. Die Ukraine sieht konsequenterweise ihren hauptsächlichen Sicherheitsgaranten in den USA.

Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz versprach in seiner «Zeitenwende»-Rede im Februar 2022 eine Kehrtwende der deutschen und europäischen Sicherheitspolitik und insbesondere einen massiven Ausbau der militärischen Potenziale. Auch wegen der Unsicherheit über das künftige Engagement der USA in Europa und der sicherheitspolitischen Abhängigkeit Europas von den USA bleibt ein Ausbau der militärischen Fähigkeiten in Europa notwendig. Eine strategisch autonome EU ist aber auf viele Jahre hinaus nicht zu erreichen. Während Polen und die baltischen Staaten massiv in ihre militärischen Kapazitäten investieren, ist noch unklar, ob der jüngste Trend einer militärischen Aufrüstung in Europa eine nachhaltige Entwicklung darstellt. Europa

bleibt damit sicherheitspolitisch abhängig von den USA, auf deren Nuklearschirm und Militärpräsenz die Sicherheit Europas weiterhin beruht.

Solange die Frage einer glaubwürdigen militärischen Sicherheitsgarantie für die Ukraine – etwa durch einen Nato-Beitritt – ungeklärt ist, bleiben die Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen im Dezember 2023 und der Sicherheitspakt vom Juli 2024 vor allem Schritte politischer Natur.

Dynamik der EU- und Nato-Integration seit 2022



KRIEG GEGEN DIE UKRAINE: VERHÄRTETE FRONTEN, ABER RUSSLAND IM AUFWIND

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat sich zu einem Abnutzungskrieg ohne absehbares Ende gewandelt. Die ukrainische Gegenoffensive von 2023 hat ihre Ziele nicht erreicht und nur geringe Rückeroberungen gebracht. Russland hat seine Verteidigungsstellungen stark ausgebaut und die eroberten Gebiete verteidigt. Seit Sommer 2023 erzielten die russischen Streitkräfte langsam, aber stetige Geländegewinne, insbesondere in der Ostukraine. Seit Spätsommer 2024 rücken sie schneller vor und konnten zum Beispiel die seit Februar 2022 verteidigte Stadt Wuhledar einnehmen. Trotz hoher personeller und materieller Verluste entwickelt sich die militärische Lage zunehmend zugunsten Russlands. Mit ihrer Offensive auf russischem Territorium im Raum Kursk ist der Ukraine im August 2024 zwar eine taktische Überraschung gelungen. Trotz Achtungserfolg erzielte der ukrainische Vorstoss jedoch bisher keinen nachhaltigen Effekt zugunsten der ukrainischen Streitkräfte. Russland bleibt fest entschlossen, den Krieg fortzuführen. Demgegenüber nimmt die westliche Unterstützung der Ukraine tendenziell ab, und in den USA und in Europa ist es politisch schwieriger geworden, für die Ukraine existenziell wichtige Hilfe zu leisten.

Das durch den Einsatz moderner Aufklärungstechnologie «gläserne» Gefechtsfeld lässt operative oder strategische Überraschungsangriffe kaum zu. Die taktische Überraschung der Ukraine mit dem Vorstoss im Raum Kursk dürfte nur gelungen sein, weil im Kreml offenbar entsprechende Warnungen russischer Militärs vor einer ukrainischen Truppenkonzentration und einer möglichen Offensive ignoriert wurden. Es herrscht jedoch kein Patt: An der Kontaktlinie wird mit hoher Intensität und beidseitig grossen Verlusten gekämpft. Die Zeit spielt aber gegenwärtig für Russland. Es verfügt über grössere personelle Ressourcen und dank Ankurbelung der heimischen Waffen- und Munitionsproduktion und Lieferungen aus Nordkorea und Iran auch beim Material quantitativ über klare Vorteile.

Beide Seiten halten an ihren Kriegszielen fest: die Ukraine an Souveränität und territorialer Integrität in den Grenzen von 1991, Russland an der «Denazifizierung» und «Entmilitarisierung», tatsächlich aber an der Auslöschung ukrainischer Eigenstaatlichkeit.

Der Ausgang des Kriegs wird regionale und globale Auswirkungen haben, insbesondere auch darauf, wie Russland und China die Erfolgschancen weiterer Angriffskriege und die künftige Glaubwürdigkeit der amerikanischen Sicherheitspolitik einschätzen werden.

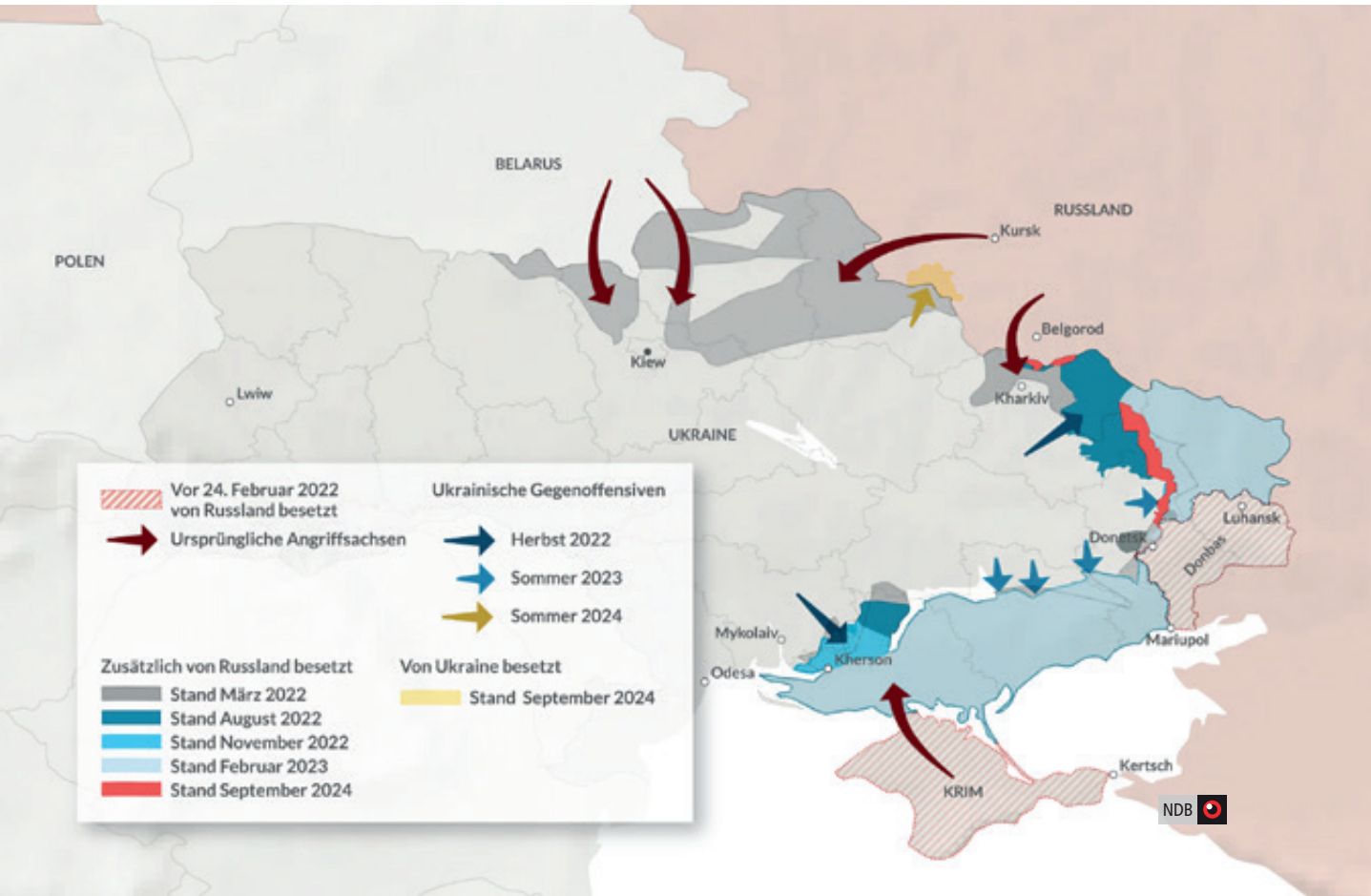
Der Krieg gegen die Ukraine wird weitergeführt, ein militärisches oder ein diplomatisches Ende zeichnet sich nicht ab. Seit Herbst 2023 werden jedoch die militärischen Potenziale der Ukraine relativ stärker abgenutzt. Deshalb hat diese sich Anfang 2024 dazu entschieden, ihre verbleibenden Gebiete zu verteidigen, statt weiter grossangelegte Gegenoffensiven zu lancieren. Es gelingen ihr indes empfindliche Schläge über die Distanz, zum Beispiel gegen die russische Schwarzmeerflotte oder die russische Energieinfrastruktur, sowie im August 2024 ein grenzüberschreitender Vorstoss auf russisches Territorium im Raum Kursk. Für die Ukraine bleiben sowohl die Rekrutierung von Soldaten als auch der Nachschub an Waffen und Munition eine enorme Herausforderung. Sie bleibt existenziell abhängig von westlicher Hilfe, insbesondere amerikanischer Militärhilfe.

Russland bleibt entschlossen, den Krieg weiterzuführen. Der Führungszirkel um Präsident Putin denkt langfristig und ist bereit, den «Krieg gegen den Westen» noch lange fortzusetzen. Trotz zunehmender Herausforderungen wird sich die wirtschaftliche Lage in Russland in den nächsten zwölf Monaten nicht gravierend verschlechtern, das Regime bleibt sehr wahrscheinlich stabil.

Das militärische Potenzial Russlands wird weiter leicht zunehmen: Russland kann derzeit seine materiellen Verluste durch Eigenproduktion, Lagerbestände, Instandsetzung und Zukauf aus dem Ausland teils mehr als kompensieren. Auch das Rekrutierungspotenzial Russlands ist grösser.

Das Risiko eines militärischen Zwischenfalls zwischen Russland und der Nato ist seit 2022 erheblich gewachsen. Immerhin suchten weder die USA noch Russland eine geografische Ausweitung des Kriegs in der Ukraine hin zu einem Krieg zwischen Russland und der Nato. Damit funktionierte bisher die nukleare Abschreckung zwischen den USA und Russland. Allerdings besteht seit 2022 das Risiko eines russischen Einsatzes von taktischen Nuklearwaffen in der Ukraine. Russland wird wahrscheinlich auch künftig immer wieder mit Nuklearwaffen drohen. Es bleibt aber sehr unwahrscheinlich, dass es in der Ukraine tatsächlich Nuklearwaffen einsetzen wird. Die Wahrscheinlichkeit eines Nuklearwaffeneinsatzes würde erst dann steigen, wenn das russische Regime die territoriale Integrität des eigenen Landes und die staatliche

Übersicht über die Angriffsachsen und die Gebietskontrolle im Krieg gegen die Ukraine

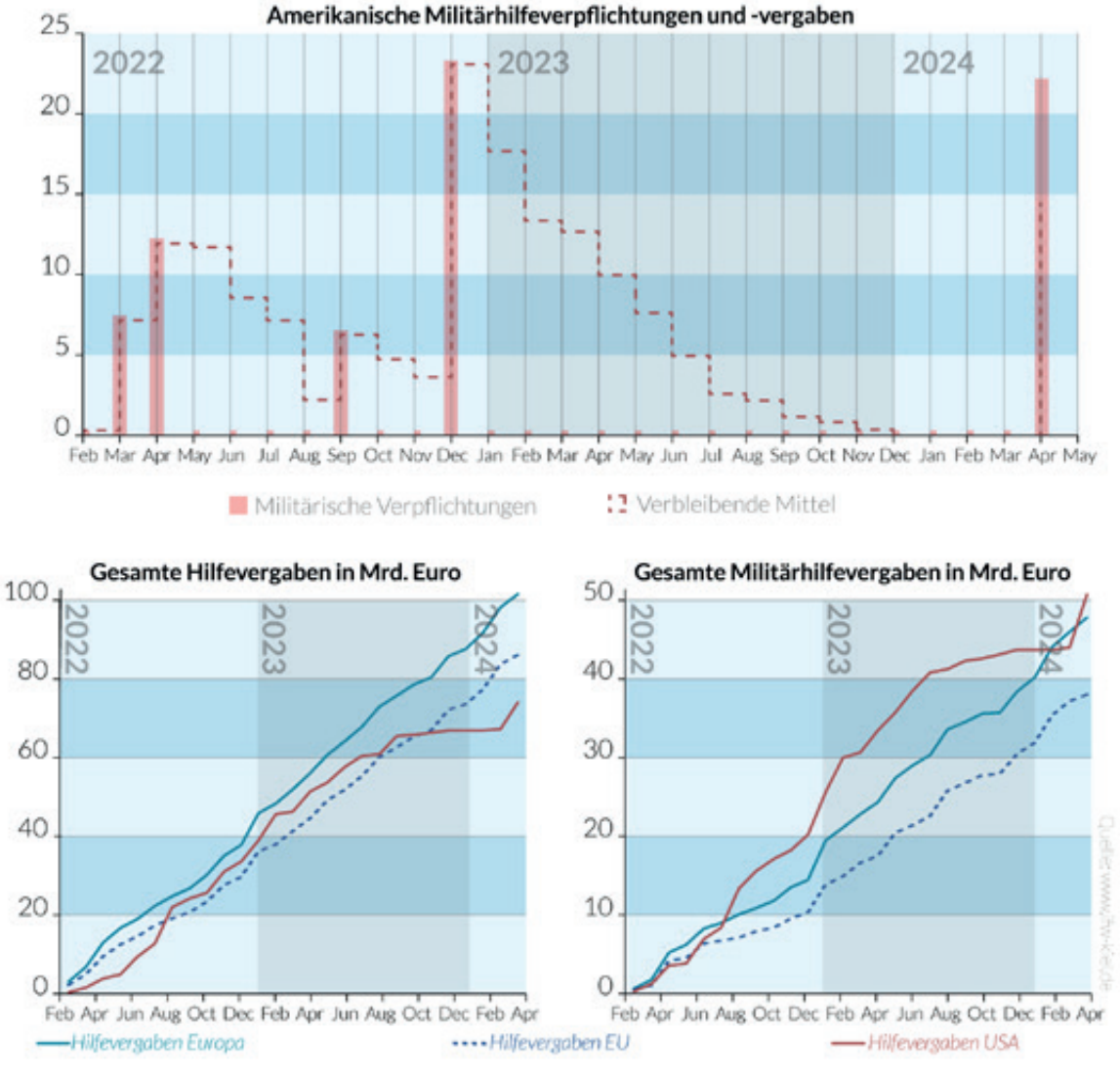


Souveränität existenziell bedroht sähe. Unsicherheiten bestehen, wie die russische Nukleardoktrin im Hinblick auf die annektierten Gebiete und insbesondere die Krim zu deuten ist und inwiefern die russische Nukleardoktrin angepasst wird.

Seit Beginn des Kriegs in der Ukraine ist ein Zuwachs russischer Propaganda und Desinformation festzustellen. Auch die Schweiz ist ein direktes Ziel von auf sie zugeschnittenen russischen Beeinflussungsaktivitäten geworden, etwa im Vorfeld von Präsident Selenskis Besuch im Januar 2024.

Internationale Ukrainehilfe seit Kriegsbeginn 2022

Abbildung 5



RUSSLAND HAT DEN KONFLIKT MIT «DEM WESTEN» LANGFRISTIG ANGELEGT

Russland ist weiterhin fest entschlossen, den Krieg gegen die Ukraine fortzuführen. Bislang hat dieser Präsident Putins Machterhalt nicht ernsthaft gefährdet. Präsident Putin sieht sich seit Herbst 2023 angesichts der insgesamt vorteilhaften Lage Russlands auf dem Schlachtfeld und des grösseren Potenzials bei Mensch und Technik im Vergleich zur Ukraine tendenziell im Aufwind, dies trotz der ukrainischen Offensivaktion im Raum Kursk im zweiten Halbjahr 2024. Die russische Führung rechnet mit einer zunehmenden Kriegsmüdigkeit in Europa und den USA und damit einer abnehmenden westlichen Unterstützung für die Ukraine. Im Vorfeld der amerikanischen Präsidentschaftswahl bereitet sich die russische Führung auf direkte Verhandlungen mit den USA vor.

Im russischen Budget 2024 wurde der Anteil für nationale Verteidigung verglichen mit 2023 um etwa 70 Prozent erhöht. Damit liegen die Verteidigungsausgaben bei rund 30 Prozent des staatlichen Gesamtbudgets und bei rund sechs Prozent des Bruttoinlandprodukts. Für 2025 ist mit einer weiteren deutlichen Erhöhung der Verteidigungsausgaben Russlands zu rechnen. Der Krieg gegen die Ukraine ist langfristig angelegt, und die russischen Streitkräfte sollen auch für den Konflikt mit den USA und deren Verbündete um die russische Einflusssphäre in Europa weiter aufgebaut werden. Auch wenn von einem «Kriegsbudget» gesprochen werden kann, hat Russland bisher nur punktuell Massnahmen in Richtung einer «Kriegswirtschaft» ergriffen, und der Staat hat nur in einzelnen Fällen regulierend eingegriffen. Unter einer Kriegswirtschaft versteht man nicht allgemein eine Wirtschaft in Kriegszeiten, sondern eine weitestgehend auf die Erfordernisse des Kriegs ausgerichtete Wirtschaft. In Russland spielen weiterhin Marktmechanismen, und die Produktion ziviler Güter sowie die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern bleiben wichtig und funktionieren grösstenteils. Auch die Rüstungsindustrie bekommt keine Arbeitskräfte vom Staat zugeteilt, sondern muss sie mit starken Lohnerhöhungen anwerben.

Die westlichen Sanktionen entfalten allmählich in verschiedenen Wirtschaftssektoren einschneidende Wirkung und dürften negative Konsequenzen insbesondere für das Technologieniveau Russlands haben. Sie haben aber nicht zum Einbruch der russischen Wirtschaft geführt. Das Bruttoinlandprodukt wuchs 2023 unter Sanktionsbedingungen um 3,5 Prozent. Das jüngste Wirtschaftswachstum beruht primär auf der teils im Schichtbetrieb arbeitenden Rüstungsindustrie. Importe aus Europa und den USA haben deutlich abgenommen, wohingegen der Handel mit China, Indien und der Türkei sowie mehreren Nachbarstaaten massiv angestiegen ist.

Präsident Putin und der innere Machtkern halten an den Maximalzielen im Krieg gegen die Ukraine fest: Die Ukraine soll mit militärischer Gewalt zurück in den russischen Einflussbereich gezwungen, ihre Eigenstaatlichkeit ausgelöscht werden. Der Krieg gegen die Ukraine ist aber für Russland auch Teil eines grösseren strategischen Konflikts mit den USA und «dem Westen» um die künftige Weltordnung. Langfristig arbeitet Russland auf eine «multipolare Weltordnung» hin, in der sein Anspruch auf eine exklusive Einflusssphäre anerkannt wird. Es wird auf lange Zeit der alles bestimmende Unsicherheitsfaktor in Osteuropa bleiben. Im Streben nach einer Neuordnung der weltweiten Machtverhältnisse buhlt Russland auch durchaus erfolgreich um die Sympathien des Globalen Südens. Es stellt auch deshalb die westlichen Unterstützer der Ukraine als «Kriegstreiber» dar.


Russische Grenze
vor 1721
um 1725
um 1795
heute
Frontverlauf
Grenze der von Russland 2022 annektierten Oblaste
Faktisch russische Militärprotektorate
Aktuell von Russland okkupierte Gebiete
Brennpunkt eines nächsten Konflikts, provoziert von Russland
SCHWEDEN
FINNLAND
NORWEGEN
ESTLAND
LETTLAND
DÄNEMARK
LITAUEN
RUS
RUSSLAND
BELARUS
STAATSVERTRAG MIT RUSSLAND
POLEN
DEUTSCHLAND
LUHANSK
CZE
UKRAINE
DONEZK
SAPORISCHSCHJA
CHERSON
SVK
AUT
TRANSNISTRIEN
MDA
CHE
UNGARN
SVN
HRV
RUMÄNIEN
SAN MARINO
KRIM
BIH
SRB
ABCHASIEN
SÜDOSSETIEN
ITALIEN
MNE
XKX
BGR
GEO
MKD
VATIKANSTADT
ALB
GRC
TÜRKEI
NDB

Wegen der zunehmenden Schwierigkeiten der Ukraine, die für sie existenziellen westlichen Waffenlieferungen zu sichern, zeigt sich die russische Führung zuversichtlich, dass die westliche Unterstützung der Ukraine mit der Zeit zurückgehen wird. Zudem ist die russische Führung weiterhin bereit, die mit einem längeren Abnutzungskrieg verbundenen Kosten zu tragen. Demgegenüber hat sich Russland aber auch in einen kostspieligen Krieg verwickelt, weil es zu Kriegsbeginn den ukrainischen Verteidigungswillen und die westliche Unterstützungsbereitschaft unterschätzt und die eigenen Fähigkeiten überschätzt hatte. Entsprechend hat Russland den Zeithorizont zur Erreichung seiner Ziele in der Ukraine wiederholt anpassen müssen.

Der Anteil seiner Einnahmen aus dem Öl- und Gassektor ist mit einem Drittel aller Einnahmen geringer geworden, aber die Abhängigkeit Russlands vom Energiesektor und damit vom Ölpreis weltweit ist immer noch hoch. Auch die Erlöse aus Getreide- und Düngemittelexporten bleiben für Russlands Wirtschaft wichtig. Für 2024 geht die russische Regierung von einem Wachstum von rund 2,3 Prozent aus. Mit diesem Wachstum geht jedoch das Risiko einer Inflationsspirale einher, wovor auch die russische Zentralbank warnt und weshalb sie wiederholt den Leitzins erhöht hat. Obwohl Russland derzeit über ein ausreichendes finanzielles Polster für mehrere Jahre verfügt, bleibt die Frage, wie lange es die nötigen Ressourcen für den Krieg mobilisieren kann.

Russland versucht mittels Desinformation westliche Staaten und Institutionen wie die EU oder Nato als negativ und als politisch dysfunktional darzustellen. Es nutzt dazu Themen wie etwa Energieknappheit und Migration oder spezifisch für die Schweiz die Neutralität.

CHINA WILL DIE GLOBALE MACHTVERTEILUNG ZU SEINEN GUNSTEN VERSCHIEBEN

Der chinesische Präsident Xi Jinping konsolidiert seine Macht weiter, indem er sich als Garant für den Aufstieg Chinas zur Weltmacht positioniert und die Interessen der Nation mit denen der Kommunistischen Partei gleichsetzt. In den politischen Institutionen und in der Gesellschaft wird weiter seine autoritäre und nationalistische Ideologie verbreitet; auf allen Hierarchieebenen finden Antikorruptionskampagnen statt. Die «Wiedervereinigung» mit Taiwan bleibt ein zentrales Ziel, während jeglicher Dissens, Widerstand und Separatismus als Bedrohung angesehen wird.

Der angestrebte Aufstieg Chinas zur Weltmacht steht jedoch vor grossen Herausforderungen: Hohe Jugendarbeitslosigkeit und schlechtere sozioökonomische Aussichten, höhere Schulden der Provinzen, eine Immobilienkrise und eine alternde Bevölkerung. Es ist nicht zu erwarten, dass mit den bisher beschlossenen Massnahmen die strukturellen Probleme gelöst werden können.

Das langsame wirtschaftliche Wachstum widerspiegelt sich im angeschlagenen Vertrauen ausländischer Investoren und der deshalb verminderten Direktinvestitionen. Handel und Investitionen bleiben zentral für Chinas Entwicklungspläne, weshalb China stets rhetorisch für eine freie globale Marktwirtschaft wirbt und sich gegen protektionistische Massnahmen ausspricht. Gleichzeitig versucht es, Abhängigkeiten anderer Staaten von China zu vertiefen und eigene Abhängigkeiten von westlichen Staaten abzubauen. So erschliesst sich China Rohstoffe, erhält mehr politisches Kapital aus dem Globalen Süden und erhöht seine Dominanz bei der Herstellung von Produkten wie Lithiumbatterien, die für die Energiewende essenziell sind. Durch eine «Derisking»-Strategie wollen die USA, die EU und weitere westliche Staaten den Technologie- und Wissensabfluss nach China in wichtigen Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Quanten- und Biotechnologie und Halbleiterchips bremsen.

Trotz strategischer Rivalität versuchen China und die USA, ihre Beziehungen zu stabilisieren. Diese sind angespannt, unter anderem auch wegen der Stärkung der westlichen Sicherheitsbündnisse im asiatisch-pazifischen Raum. Gleichzeitig hat China seine Beziehungen zu Russland vertieft. Es profitiert in den Bereichen Energie (Öl und Derivate), Landwirtschaft und Währungspolitik. China vermeidet es jedoch bisher, Russland direkt mit Waffen und Munition zu beliefern, und beschränkt sich sehr wahrscheinlich auf Dual-use-Güter. Politisch zeigen sich China und Russland in ihrer internationalen diplomatischen Positionierung allgemein solidarisch, um den globalen Einfluss der USA zu verringern. Dabei ist China in seinen Beziehungen zu Russland in einer weitgehend beherrschenden Stellung.

Auf multilateraler Ebene setzt China insbesondere auf eine Stärkung unter den Brics-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika) und die Erweiterung dieses Forums (mit Ägypten, Äthiopien, den Vereinten Arabischen Emiraten und Iran als neuen Mitgliedern). Dies soll Alternativen zu den westlichen politischen und wirtschaftlichen Plattformen bieten. Trotz erfolgreicher Vermittlung zwischen Iran und Saudi-Arabien bleiben die chinesischen Ambitionen und Möglichkeiten zur Lösung aktueller Kriege und Konflikte begrenzt.

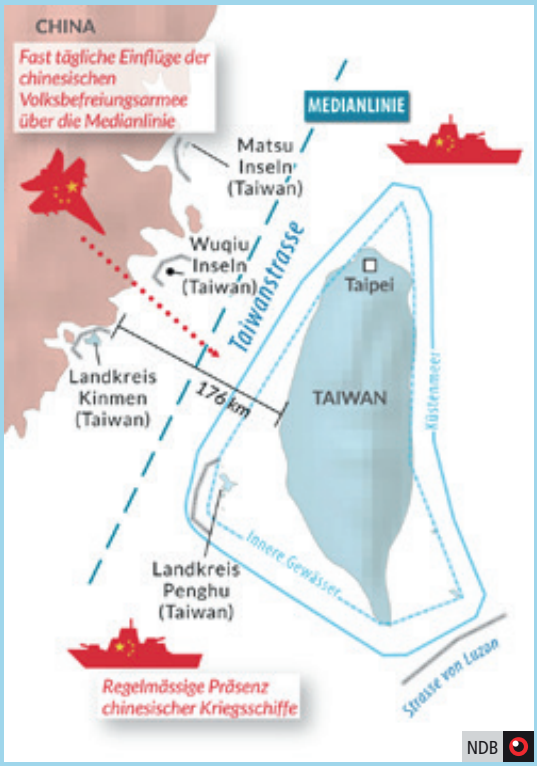
Trotz geopolitischen Spannungen will China offen bleiben für Investitionen und Handel, um Zugang zu Technologie und Kapital aus dem Ausland zu erhalten. China wird weiter mit den USA – unabhängig vom Ausgang der Präsidentschaftswahl 2024 – und in geringerem Ausmass mit Europa konkurrieren. Es wird sich jedoch bemühen, seine wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zu den westlichen Ländern aufrechtzuerhalten.

Chinas Beeinflussungsaktivitäten werden weltweit zahlreicher, auch in europäischen Ländern. Sie werden auf Anregung und unter der Leitung der Kommunistischen Partei Chinas durchgeführt und dienen politischen und ideologischen Interessen, die weitgehend mit den Werten westlicher Demokratien in Konflikt stehen.

China wird sich weiter als Grossmacht präsentieren, die nach einer Neuordnung der globalen Machtverhältnisse strebt. Diese neue Ordnung würde sich insbesondere durch eine Schwächung der westlichen Demokratien und ihrer Werte auszeichnen. Darüber hinaus will China die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland vertiefen. Sollte sich der Krieg gegen die Ukraine drastisch zuungunsten Russlands entwickeln, stünde China unter Druck, Russland vor allem im Rüstungsbereich stärker zu unterstützen. In seinem direkten Umfeld, insbesondere im Südchinesischen Meer und um Taiwan, wird sich China weiterhin aggressiv zeigen und den Druck erhöhen.

TAIWAN

Die „Wiedervereinigung" mit Taiwan bleibt ein Kerninteresse der Volksrepublik. Sie soll friedlich erfolgen, aber die chinesische Führung bereitet sich auch auf den möglichen Einsatz von Gewalt vor. China rüstet massiv auf. Es hat den diplomatischen, wirtschaftlichen und militärischen Druck auf Taiwan weiter erhöht und wird dies wahrscheinlich während der Amtszeit des neu gewählten taiwanesischen Präsidenten Lai Ching-te weiter tun. Präsident Lai muss den Wunsch der Bevölkerung, den Status quo und die Beziehungen zu den USA zu erhalten, und die aggressiver werdenden Forderungen Chinas ausbalancieren. Die wachsende Unterstützung für Taiwan seitens der USA und eine sich festigende taiwanesische Identität werden China herausfordern, allenfalls auch der Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahl. Ein grösserer militärischer Konflikt um Taiwan ist in den kommenden Jahren zwar unwahrscheinlich, doch hätte selbst eine begrenzte Eskalation gravierende Konsequenzen für die Weltwirtschaft und die globale Sicherheitslage.



ZUNEHMENDE SPANNUNGEN AUF DER KOREANISCHEN HALBINSEL

Zwölf Jahre nach seiner Machtübernahme sitzt Kim Jong-un in Nordkorea fest im Sattel, trotz einer durch seine Entscheide, die Pandemie, Naturkatastrophen und internationale Sanktionen angespannten sozioökonomischen Lage. Er kontrolliert die Staatsführung, die Arbeiterpartei Koreas und die Streitkräfte und stützt sich dabei auf kooptierte, loyale Eliten.

Trotz schrumpfender Wirtschaft gelingt es Nordkorea, die notwendigen Mittel zur Instandhaltung und Entwicklung seiner militärischen Programme in den Bereichen Nuklearwaffen und Trägermittel bereitzustellen. Diese Programme beanspruchen rund 25 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Sie werden von einer schriller werdenden Drohrhetorik gegenüber Südkorea und dessen militärischen Verbündeten USA und Japan begleitet.

Nordkorea finanziert seine militärischen Programme auch aus dem Diebstahl von Kryptowährungen. Nordkoreanische Cyberakteure verfügen über ein ausgeprägtes Verständnis der zugrundeliegenden Funktionsweise dieser Technologie sowie deren Schwachstellen, die sie gezielt auszunutzen wissen. Weitere Finanzmittel stammen aus den Überweisungen von rund hunderttausend Nordkoreanern, die unter anderem nach Russland oder China ausgewandert sind, sowie aus nordkoreanischen Exporten in diese beiden Länder.

2023 gelang Nordkorea mit erfolgreichen Tests feststoffbetriebener ballistischer Lenkwaffen interkontinentaler Reichweite ein markanter technologischer Fortschritt. Im November 2023 brachte es zudem nach eigenen Angaben einen militärischen Aufklärungssatelliten in eine stabile Umlaufbahn. Ferner gelang es ihm, die Technologie des Leichtwasserreaktors in Yongbyon zu meistern. Diese ist zur Entwicklung eines nuklear angetriebenen U-Boots zentral. Im September 2023 hat Nordkorea seinen Status als Atommacht in der Verfassung verankert.

Bemerkenswert ist die Annäherung zwischen Nordkorea und Russland im Sog des Kriegs gegen die Ukraine. Kim Jong-un und Präsident Wladimir Putin trafen sich im September 2023 im russischen Wostotschny und im Juni 2024 in Pjöngjang. Auch der Handel zwischen den beiden Ländern hat sich entwickelt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Nordkorea Russland Artilleriemunition liefert. Wahrscheinlich verkauft Nordkorea Russland auch ballistische Lenkwaffen. Im Gegenzug importiert Nordkorea Öl und Nahrungsmittel aus Russland. Wahrscheinlich ist auch, dass Russland das nordkoreanische Raumfahrtprogramm konkret unterstützt.

Dennoch bleibt China Nordkoreas grösster Handelspartner. Nordkorea nutzt zudem Drehscheiben auf chinesischem Territorium für illegale Finanztransaktionen, um sanktionierte Güter wie Öl über die von der UNO genehmigte Obergrenze hinaus sowie Luxusgüter und sensible Technologie zu erwerben.

Die Spannungen auf der koreanischen Halbinsel werden sehr wahrscheinlich zunehmen, da der Norden und Süden einander wieder zunehmend feindselig gegenüberstehen und Nordkorea seine Militärprogramme weiter forciert. Die spektakuläre Annäherung an Russland wird das Selbstvertrauen der nordkoreanischen Führung stärken.

Das gestärkte Selbstvertrauen der Führung erhöht das Risiko, dass Nordkorea häufiger Raketentests oder sogar einen siebten Atomtest durchführen wird. Es ist inzwischen technisch in der Lage, Europa und damit auch die Schweiz mit ballistischen, mit atomaren Sprengköpfen bestückten Raketen anzugreifen. Europa gehört aber derzeit nicht zu seinem Feindbild.

Nordkorea wird sehr wahrscheinlich der weltweit grösste Nutzniesser des Diebstahls von Kryptowährungen bleiben. Die Schweiz ist in dieser Hinsicht einem hohen Risiko ausgesetzt, da sie eine boomende Blockchain-Industrie beherbergt.

Nordkorea wird seine wirtschaftliche, technologische und militärische Zusammenarbeit mit Russland verstärken, insbesondere durch die Lieferung militärischen Materials für den Krieg gegen die Ukraine. Zudem wird Russland wahrscheinlich das nordkoreanische Raumfahrtprogramm zunehmend technologisch unterstützen.

Dennoch wird China Nordkoreas grösster Wirtschaftspartner bleiben. Die Bildung einer formellen Sicherheitsallianz zwischen Nordkorea, Russland und China in den nächsten zwölf Monaten ist unwahrscheinlich. Denn China will die Bildung eines solchen Militärblocks nicht fördern, da dies die wirtschaftlichen und technologischen Beziehungen und den Austausch mit den westlichen Ländern gefährden würde. China wird auch nicht darauf drängen, ein Verteidigungsbündnis in Form einer «asiatischen Nato» zu bilden.

NAHOSTKONFLIKT

Seit deren terroristischem Grossangriff am 7. Oktober 2023 führt die israelische Regierung unter Premierminister Benjamin Netanjahu einen Krieg gegen die Hamas. Israel hat aber bislang weder deren militärisches Potenzial vollständig zerstört noch alle überlebenden Geiseln befreit. Die Infrastruktur im Gazastreifen ist vielerorts zerstört. Das weitläufige Tunnelsystem der Hamas und ihre feste soziale Verankerung verunmöglichen sehr wahrscheinlich eine vollständige Zerschlagung.

Die israelische Regierung hat kein Interesse daran, als Besatzungsmacht in den Gazastreifen zurückzukehren, hat aber auch noch keinen Plan für die politische Zukunft des Gazastreifens vorgelegt. Die Palästinensische Autonomiebehörde unter Präsident Abbas ihrerseits verfügt schon seit vielen Jahren nicht mehr über die nötige Legitimität in der eigenen Bevölkerung, um das institutionelle Vakuum zu füllen. Kein israelisch-palästinensischer Krieg hat seit der Gründung Israels auf beiden Seiten so viele zivile und militärische Opfer gefordert wie der aktuell laufende.

Vor diesem Hintergrund ist auch die Intensität der einander wechselseitig beeinflussenden Schlagabtausche zwischen Israel und der sogenannten Achse des Widerstands unter iranischer Führung seit dem 7. Oktober 2023 kontinuierlich gestiegen. Mitte September 2024 ist der Konflikt in eine neue Phase getreten: Um den fortwährenden Beschuss namentlich durch die Hisbollah zu unterbinden und die Rückkehr der Binnenflüchtlinge in den Norden zu ermöglichen, fügt Israel der Hisbollah schwere Schläge zu, darunter die Tötung ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah. Die fortwährenden massiven Luftangriffe im Libanon werden seit Anfang Oktober zudem von einer bislang limitierten Bodenoperation im Süden Libanons begleitet.

Der Konflikt zwischen Israel und Iran ist im April und Anfang Oktober 2024 eskaliert und hat das Potenzial, sich zum Flächenbrand auszuweiten. Israel hat bewiesen, dass es für das Fortbestehen des iranischen Machtapparats unverzichtbare Infrastrukturen präzise angreifen und für die Achse des Widerstands wichtige Personen gezielt töten kann. Iran verfügt insbesondere über potente ballistische Lenkwaffen, die Israel in für die israelische Verteidigungsarchitektur kritischer Zahl erreichen können. Zudem kann Iran auf schiitische und sunnitische Formationen in der Region zurückgreifen, die infolge der israelischen Angriffe jedoch teilweise geschwächt sind: die Hisbollah im Libanon, Milizen im Irak und in Syrien, die Huthi im Jemen, aber auch die Hamas beziehungsweise den Islamic Jihad im besetzten palästinensischen Gebiet. Dass die Huthis im Roten Meer und im Golf von Aden Handelsschiffe beschiessen, hat negative Auswirkungen auf die globalen Lieferketten und damit auch auf die Schweiz.

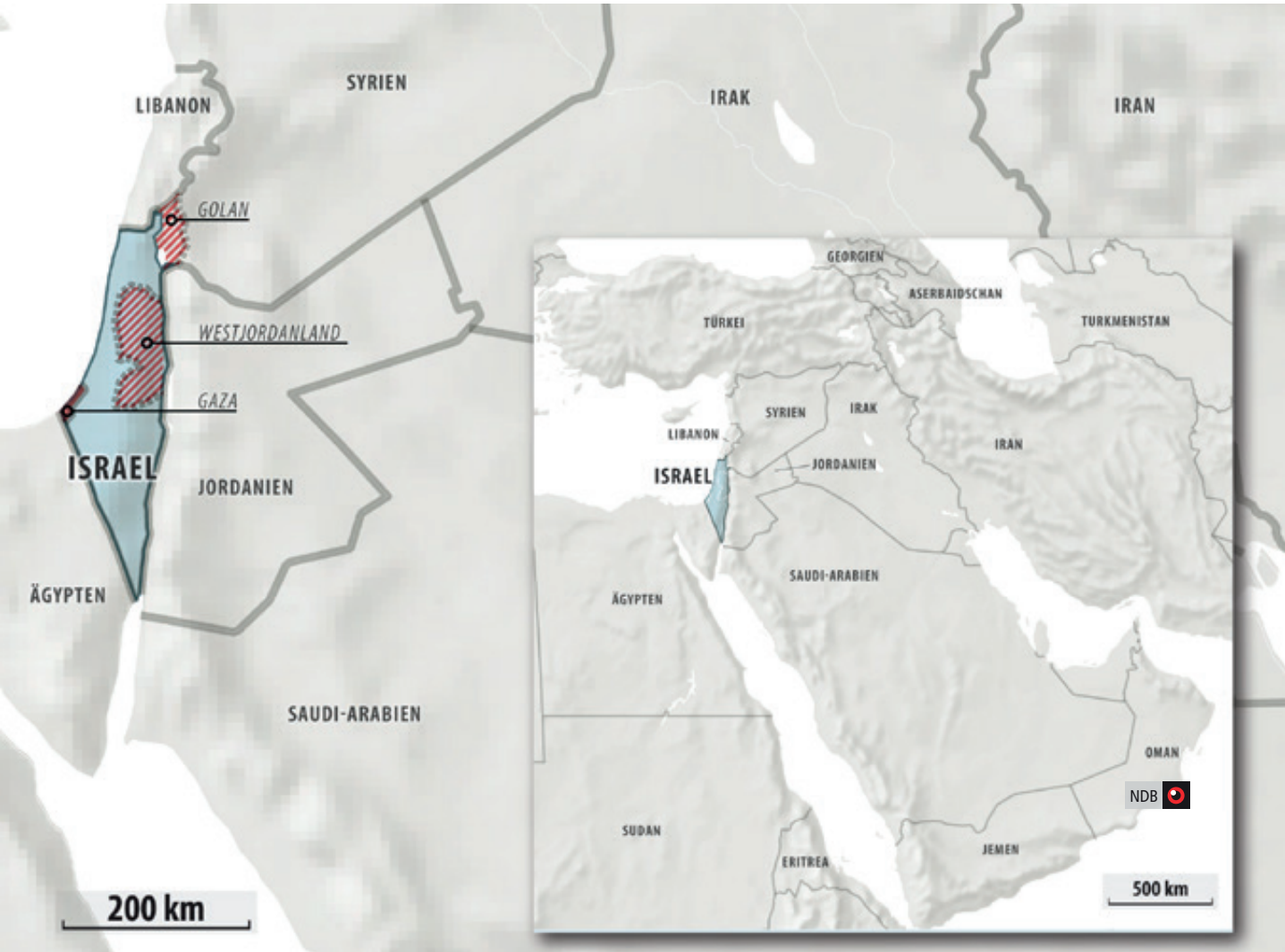
Die Hisbollah verfügt ebenfalls über ein umfangreiches und wirkungsvolles Luftmittelarsenal, mit dem sie grundsätzlich jedes Ziel in Israel treffen kann. Auch im Interesse Irans hat die Hisbollah ihre ballistischen Lenkwaffen bislang nicht in grösserer Anzahl eingesetzt. Israels Angriffe seit Mitte September 2024 haben die Befehlskette des bewaffneten Arms der Hisbollah sowie die Führung der Organisation stark beeinträchtigt. Bei Redaktionsschluss des vorliegenden Berichts war ein Teil der militärischen Infrastruktur der Hisbollah jedoch noch intakt und die Mehrheit ihrer Kämpfer einsatzfähig.

Israel kann die Hamas im Gazastreifen zwar militärisch aufreiben, aber als soziale Bewegung und Machtfaktor im besetzten palästinensischen Gebiet und in den Flüchtlingslagern nicht ausschalten. Umgekehrt wird die Hamas nach dem Krieg und im Rahmen einer noch nicht absehbaren politischen Neuordnung für den Gazastreifen sehr wahrscheinlich nicht mehr Teil der Behörden sein.

Iran wird sehr wahrscheinlich eine den Fortbestand des Regimes bedrohende militärische Eskalation mit Israel und den USA vermeiden wollen. Gleichzeitig ist Iran jedoch auch bereit, Risiken einzugehen, die zu israelischer Vergeltung führen können. Iran reichert im Rahmen seines Atomprogramms weiterhin Uran an, und eine Verhandlungslösung im Nuklearbereich ist nicht absehbar.

Auch die Hisbollah möchte einen vollumfänglichen Krieg mit Israel vermeiden. Je mehr sich die militärische und politische Lage im Nahen Osten aber zu ihren Ungunsten entwickelt, desto wahrscheinlicher wird sie auch asymmetrische (insbesondere terroristische) Mittel ausserhalb des Nahen Ostens einsetzen.

Der politische Annäherungsprozess zwischen Israel und den Regierungen mehrerer arabischer Staaten verzögert sich. Diese fürchten seit dem 7. Oktober 2023 und bei zu hohem Tempo eine innenpolitische Destabilisierung. Dennoch: Die Normalisierung der Beziehungen (initiiert durch die Abraham Accords von 2020) hängt zunehmend von der jeweiligen bilateralen Agenda und nicht mehr von einer definitiven Vertrags- beziehungsweise Zweistaatenlösung ab.

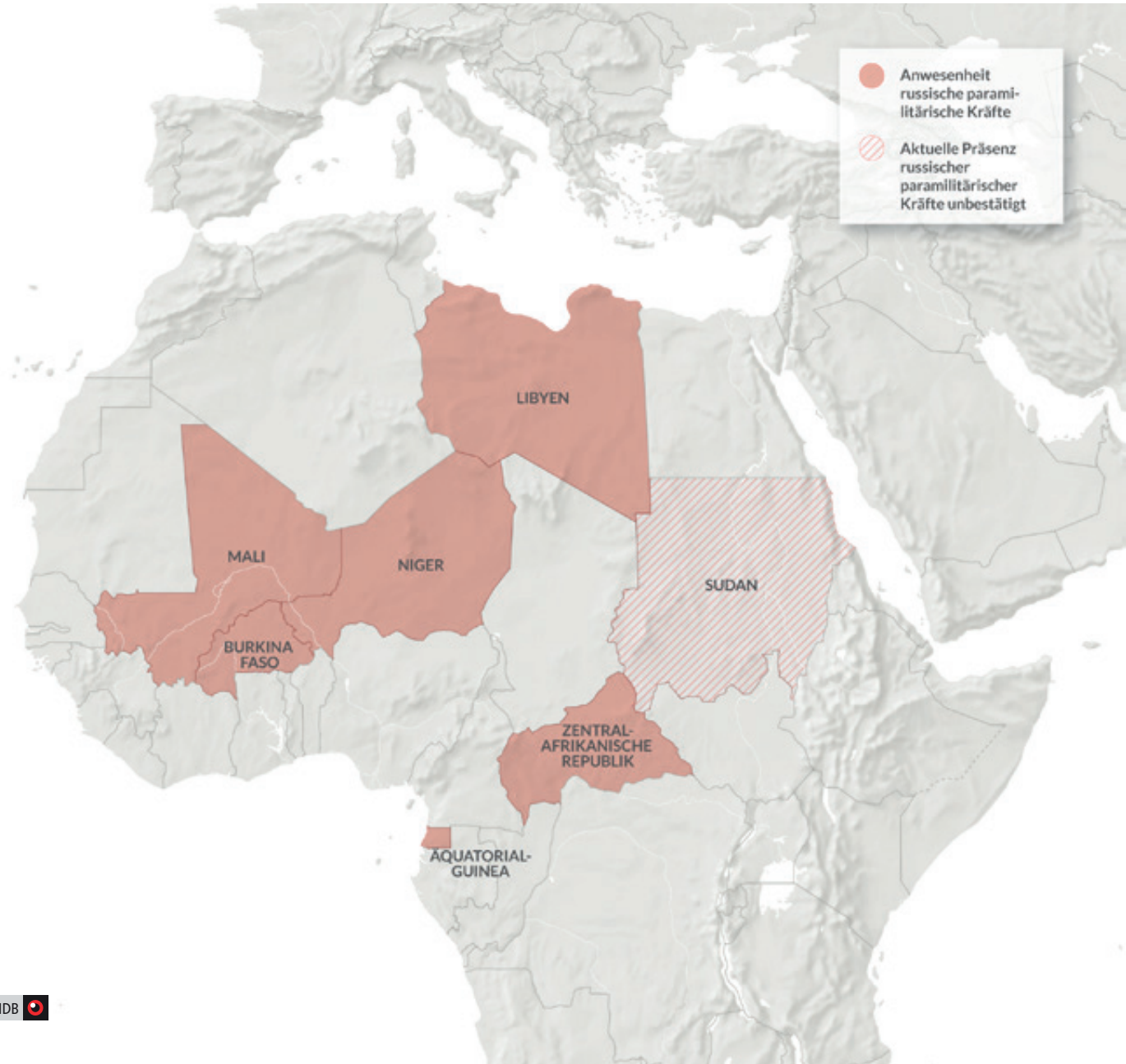


AFRIKA ALS SCHAUPLATZ WACHSENDER RIVALITÄTEN ZWISCHEN GROSSMÄCHTEN

Die Sicherheitslage hat sich wegen politischer Instabilität und dschihadistischer Aktivitäten in einem grossen Teil des afrikanischen Kontinents weiter verschlechtert, insbesondere in der Sahelregion. Afrika steht vor einer Eskalation dieser Krisen, die global politische, insbesondere geo- und sicherheitspolitische Folgen haben werden.

Auf politischer Ebene erfolgte seit 2020 eine Welle von Staatsstreichen. Dabei haben Militärjunten zum Teil demokratisch gewählte Präsidenten gewaltsam gestürzt und die Macht übernommen. Dies führt dazu, dass in diesen Ländern der Autoritarismus zunimmt sowie universelle und demokratische Prinzipien geschwächt werden.

Präsenz russischer paramilitärischer Kräfte



Geopolitisch ist Afrika Schauplatz wachsender Rivalitäten zwischen externen Mächten wie den USA, China, Russland, Frankreich, der Türkei oder Iran. Afrikanische Rohstoffe und die diplomatische Unterstützung durch afrikanische Staaten sind in einem polarisierten internationalen Umfeld von strategischer Bedeutung. Die afrikanischen Staaten nutzen die sich daraus ergebenden Möglichkeiten und positionieren sich selbstbewusster gegenüber den Grossmächten. In Westafrika wenden sich die Putschisten von der traditionellen Schutzmacht Frankreich ab und setzen auf Russland als Partner. Diese Entwicklung hat auch Konsequenzen für die UNO, insbesondere in Mali, dessen neue Führung ein Ende der UNO-Stabilisierungsmission erreichte.

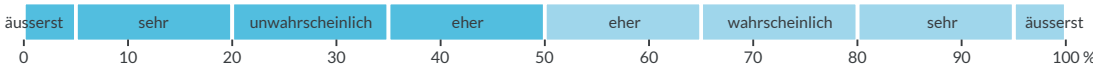
Darüber hinaus verschlechtert sich die Sicherheitslage in zahlreichen Krisenherden, vor allem wegen dschihadistischer Akteure, denen jedes Jahr Tausende Menschenleben zum Opfer fallen. Diese Krisenherde finden sich in erster Linie in der Sahelzone, in Zentralafrika und am Horn von Afrika. Zur Terrorismusbekämpfung bieten sich die Grossmächte aktiv als Partner an, so die USA in Somalia oder Russland im Sahel. Zur Stärkung seiner regionalen Einflussnahme versucht Russland derzeit, die Kontrolle über seine paramilitärischen Einheiten auf dem afrikanischen Kontinent zu sichern.

In den kommenden Jahren wird sich die Sicherheitslage in den genannten Regionen sehr wahrscheinlich weiter verschlechtern. Die Sahelzone wird aufgrund der Fragilität der herrschenden Mächte und der Ausbreitung der dschihadistischen Bedrohung besonders von politischer Instabilität betroffen sein. Darüber hinaus dürfte die starke Rivalität der Grossmächte in Westafrika die Polarisierung der Region verstärken. 2023 gründeten drei Staaten der Sahelzone mit Unterstützung Russlands die Allianz der Sahelstaaten als bewusstes Gegenstück zur Wirtschaftsgemeinschaft der westafrikanischen Staaten. Diese Veränderung der regionalen politischen wie sicherheitspolitischen Architektur wird den dschihadistischen Gruppen sehr wahrscheinlich in die Hände spielen.

Diese Entwicklung wird das Engagement und die Interessen der Schweiz in Afrika weiterhin beeinflussen. Als weltweit führender Rohstoffhändler wird die Schweiz wahrscheinlich von Russlands Bestrebungen betroffen sein, die internationalen Sanktionen über seine afrikanischen Netzwerke zu umgehen. Auch auf diplomatischer Ebene steht viel auf dem Spiel, insbesondere im UNO-Sicherheitsrat. Dass sich einige afrikanische Staaten von demokratischen und rechtsstaatlichen Prinzipien abwenden, wird das Schweizer Engagement für Demokratie und Menschenrechte sowie schweizerische Wirtschaftsaktivitäten auf dem Kontinent vor neue Herausforderungen stellen. Die Instabilität ist auch ein Nährboden für die illegale Migration nach Europa. Dies kann durch staatliche Akteure in der Region, zum Teil mithilfe Russlands, bewusst instrumentalisiert werden.

Nicht zuletzt können sich die Spannungen in Afrika auf die Diasporagemeinschaften in der Schweiz auswirken. Das Beispiel der eritreischen Diasporagemeinschaft hat auch in der Schweiz mehrfach gezeigt, dass solche Spannungen zu gewaltsamen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit führen können.

Wahrscheinlichkeitsskala



Was sieht der NDB?
Was erwartet der NDB?

Abbildung 6

DSCHIHADISTISCHER UND ETHNO-NATIONALISTISCHER TERRORISMUS

DIVERSIFIZIERUNG DER BEDROHUNG IN EUROPA

Die Terrorbedrohung in der Schweiz bleibt erhöht; sie hat sich 2024 sogar zusätzlich akzentuiert. Sie wird massgeblich von der dschihadistischen Bewegung geprägt, insbesondere durch Personen, die dem «Islamischen Staat» anhängen oder von dschihadistischer Propaganda inspiriert werden.

Die Anzahl dschihadistisch motivierter Anschläge hat sich 2023 in Europa auf niedrigem Niveau eingependelt. Der «Islamische Staat» hat sich zum Anschlag vom 16. Oktober 2023 in Brüssel bekannt, bei dem zwei in den Farben der schwedischen Fussballnationalmannschaft gekleidete Personen getötet wurden. Erstmals seit dem Anschlag in Wien vom 2. November 2020 hat die Terrororganisation damit wieder einen Anschlag in Europa für sich reklamiert. Das Motiv für den Anschlag in Brüssel waren wahrscheinlich die Koranschändungen in Schweden. Wiederholt wurde 2023 in Schweden, Dänemark und den Niederlanden der Koran geschändet. Sowohl der «Islamische Staat» als auch die al-Qaida riefen in der Folge zu gewaltsamer Vergeltung auf. Islamfeindliche oder als islamfeindlich aufgefasste Handlungen haben das Potenzial, überall und jederzeit fundamentalistisch gesinnte oder dschihadistisch motivierte Personen zu Gewalttaten anzustacheln.

Wegen Verdachts auf terroristische Aktivitäten führen Sicherheitsbehörden in Europa häufiger Interventionen gegen gewaltbereite Islamisten durch. Auch in der Schweiz intervenierte die Polizei mehrmals im Rahmen der Terrorismusbekämpfung (siehe Grafik).

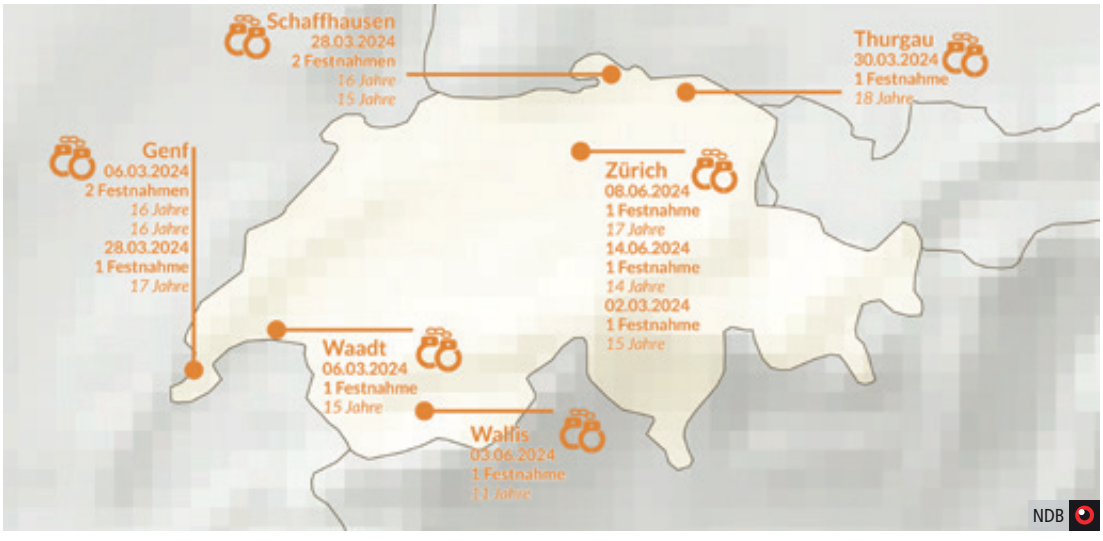
Sowohl die Kernorganisation des «Islamischen Staats» als auch die Kern-al-Qaida sind zurzeit wahrscheinlich nicht fähig, um aus der Entfernung und mit eigenen Ressourcen Anschlagspläne in Europa zu verwirklichen. Sie sind vielmehr auf die Eigeninitiative dschihadistisch inspirierter Personen angewiesen. Der Islamische Staat - Khorasan verfügt hingegen über weitreichende Netzwerke und damit über grundlegende, wenn auch begrenzte Fähigkeiten und Mittel, um Anschlagsabsichten in Europa in die Tat umzusetzen.

Die Propaganda insbesondere des «Islamischen Staats», aber auch der al-Qaida findet weiter starke Verbreitung im Cyberraum, begünstigt Radikalisierungsprozesse und spielt als Inspirationsquelle für Gewalt eine wichtige Rolle. Sympathisanten und Sympathisantinnen in der Schweiz zeigen ihre Unterstützung in sozialen Medien und beteiligen sich aktiv an der Verbreitung dschihadistischer Ideen. Sie fallen nicht nur mit propagandistischen, sondern auch mit logistischen und finanziellen Unterstützungshandlungen auf.

AKZENTUIERUNG DER ERHÖHTEN BEDROHUNG

Der terroristische Grossangriff der Hamas auf Israel vom 7. Oktober 2023 und der nachfolgende Gazakrieg lösten in Europa und in der Schweiz antisemitische Reaktionen aus, die auch zu gewaltsamen Aktionen unterschiedlicher Intensität führten. Zudem riefen die al-Qaida und der «Islamische Staat» vor dem Hintergrund des Kriegs zwischen Israel und der Hamas dazu auf, jüdische und israelische Ziele weltweit anzugreifen. Der «Islamische Staat» lancierte Anfang 2024 eine international orchestrierte Propagandakampagne, in der auch explizit zu Anschlägen in Europa aufgerufen wurde. Die Anhänger wurden angewiesen, Terroranschläge mit allen verfügbaren – auch einfachsten Mitteln – zu verüben. Dabei wurden Synagogen und Kirchen als symbolkräftigste Anschlagsziele dargestellt, da der dschihadistische Kampf in erster Linie ein religiöser sei. Die ungewohnt konkreten Anweisungen zur Verübung von Terroranschlägen haben ein hohes Potenzial, radikalisierte Personen in Europa zu Gewalttaten zu inspirieren. Zudem hat der «Islamische Staat» im Juli 2024 den Status autonom agierender Einzeltäter demjenigen von ihm direkt geführter Kämpfer angeglichen. Die gezielte Aufwertung stellt eine weitere Motivation dar, zur Tat zu schreiten. Als Täter kommen in der Schweiz in erster Linie radikalisierte Jugendliche in Frage. Der Messerangriff eines radikalisierten Jugendlichen auf einen orthodoxen Juden in Zürich am 2. März 2024 bestätigte dies auf tragische Weise, die ausserordentliche Häufung polizeilicher Interventionen bei Minderjährigen im Frühjahr 2024 ebenso. Die Hamas selbst verfügt in Europa nicht über eine operative Infrastruktur. Es bestehen Hinweise auf Hamas-Verbindungen von Personen, die an Anschlagsvorbereitungen beteiligt gewesen sein sollen.

Polizeiinterventionen gegen gewaltbereite Islamisten



EREIGNISSE IM BEREICH DSCHIHADISTISCHER TERRORISMUS IN EUROPA SEIT 2023

NEUE HERAUSFORDERUNGEN BEI DER TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Die Schweiz stellt aus Sicht von Dschihadisten weiterhin ein legitimes Ziel für Terroranschläge dar, weil sie ihnen als Teil der als islamfeindlich eingestuften westlichen Welt gilt. Andere Staaten bleiben aber exponierter, insbesondere solche, die von Dschihadisten als enge Verbündete Israels oder als besonders islamfeindlich wahrgenommen werden. Jüdische und israelische Interessen bleiben exponiert, auch in der Schweiz.

Spontane Gewaltakte mit einfachen Mitteln, verübt von dschihadistisch inspirierten einzelnen Personen, bleiben das wahrscheinlichste Bedrohungsszenario in der Schweiz. Täterschaften lassen sich immer weniger klar einer dschihadistischen Ideologie oder Organisation zuordnen und handeln immer öfter autonom. Persönliche Krisen oder psychische Probleme der Täter begünstigen solche Gewalttaten, die sich grundsätzlich am ehesten gegen schwer zu schützende Ziele wie etwa Menschenansammlungen richten.

Der Nahostkonflikt befeuert die Radikalisierung gewisser Individuen und Gruppierungen. Es muss sich dabei aber nicht unbedingt um Anhängerinnen und Anhänger einer dschihadistischen Terrororganisation handeln. Antisemitismus und Israelfeindlichkeit stellen einen gemeinsamen Nenner für sehr unterschiedliche Akteure dar – von gewalttätigen Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen über ethno-nationalistische Terroristen und Terroristinnen bis hin zu Dschihadisten und Dschihadistinnen. Vor diesem Hintergrund ist eine Diversifizierung der terroristischen Akteure sowie Verdachtspersonen und ihrer Motive in Europa wahrscheinlich. Demgegenüber wird die Bedrohung durch die typischen dschihadistischen Akteure der letzten zehn Jahre noch diffuser und volatiler, was die Sicherheitsbehörden bei der Terrorismusbekämpfung vor Herausforderungen stellt und Präventionsmassnahmen erschwert. Das Verbot der Hamas würde präventivpolizeiliche Massnahmen und die strafrechtliche Verfolgung erleichtern.

In europäischen Gefängnissen einsitzende Personen mit Terrorismusbezug sowie Personen, die sich während der Haft radikalisiert haben, stellen weiterhin Risikofaktoren dar. Dies betrifft etwa haftentlassene Syrienrückkehrer oder radikale Prediger im Westbalkan, einer über ihre Diasporagemeinschaften eng mit der Schweiz verbundenen Region. Haftentlassene können nach ihrer Entlassung aus dem Strafvollzug in ihr bisheriges Umfeld zurückkehren und weiter Terroraktivitäten unterstützen oder selbst entfalten. Auch in Schweizer Gefängnissen gibt es Häftlinge mit Terrorismusbezug und Fälle von Radikalisierung.

WELTWEITE BEDROHUNG BLEIBT

Die Kernorganisation des «Islamischen Staats» ist geschwächt, operiert aber als dezentralisierte und resiliente Untergrundorganisation weiter. Trotz geschwächter Führung verfolgt die Kernorganisation immer noch eine globale Agenda. Die mit ihr affiliierten Gruppierungen agieren immer autonomer und verfolgen in erster Linie regionale Ziele. Der Islamische Staat - Khorasan verfügt hingegen über weitreichende Netzwerke und damit über grundlegende, wenn auch begrenzte Fähigkeiten und Mittel, um Anschlagsabsichten in Europa in die Tat umzusetzen. Das dem Islamischen Staat - Khorasan nahestehende Medienorgan «al-Azaim» spielt zudem mittlerweile eine Führungsrolle bei der Propaganda des «Islamischen Staats».

Seit der Machtübernahme der Taliban in Afghanistan im August 2021 verfügt die Kern-al-Qaida zwar über einen grösseren Handlungsspielraum, ihre operativen Fähigkeiten sind aber beschränkt. Sie hat ihre Propagandaaktivitäten gegen westliche Interessen im Kontext des Nahostkonflikts erhöht. Diese sind wahrscheinlich Teil der offensiveren Strategie des Ad-interim-Chefs der al-Qaida, Sayf al-Adel, um sich als globale dschihadistische Bewegung zu behaupten. Ihre Ableger sind trotz ihrer primär regionalen Ausrichtung gewillt und in der Lage, bei Gelegenheit in ihrem Operationsgebiet Anschläge auf westliche Ziele zu verüben.

Afrika ist ein Epizentrum dschihadistischer Aktivitäten, die jedes Jahr Tausende Opfer fordern. Auch Ableger und affiliierte Regionalgruppierungen des «Islamischen Staats» und der al-Qaida sind auf dem afrikanischen Kontinent aktiv und profitieren von der Frustration der Bevölkerung wegen schlechter Regierungsführung, Armut und Perspektivenlosigkeit.

Migration beeinflusst die Bedrohungslage in zweifacher Hinsicht. Zum einen können dschihadistische Akteure Migrationsbewegungen missbrauchen, um nach Europa zu gelangen. Zum anderen radikalisieren sich Flüchtlinge auch erst in Europa dschihadistisch und schreiten zur Tat. Die Fluchtbewegungen wegen des russischen Kriegs gegen die Ukraine führten nicht zu einer unmittelbaren Erhöhung der Terrorbedrohung in der Schweiz.

TERRORISMUSABWEHR

Zahlen im Zusammenhang mit der Terrorismusabwehr – Risikopersonen, dschihadistisch motivierte Reisende, Dschihadmonitoring – publiziert der NDB zweimal pro Jahr auf seiner Webseite.

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Terrorismus)

Der «Islamische Staat» verfügt weiterhin über genügend finanzielle und personelle Ressourcen, um langfristig als Untergrundorganisation zu überleben. Ein Wiedererstarken der Terrororganisation in Syrien und im Irak hängt in erster Linie davon ab, ob der Verfolgungsdruck auf den «Islamischen Staat» aufrechterhalten wird. Die Lager und Gefängnisse, die im Irak und in Syrien nach wie vor mit Anhängerinnen und Anhängern des «Islamischen Staats» und deren Familien überfüllt sind, stellen einen Pool dar, um die eigenen Reihen wieder mit Kämpfern zu füllen. Unter den Inhaftierten befinden sich Personen aus der Schweiz. Kehren aus Europa stammende Anhänger des «Islamischen Staats» nach Europa zurück oder werden in ein europäisches Land repatriiert, geht von ihnen eine Bedrohung für die Sicherheit Europas aus, da sie möglicherweise über Kampferfahrung verfügen und teils auf ausgedehnte Netzwerke zugreifen können.

Die al-Qaida wird weiter darauf setzen, die globale dschihadistische Agenda voranzutreiben und die Sympathien dschihadistisch motivierter Personen für sich zu gewinnen. Ihre Propaganda erhält durch den anhaltenden Gazakrieg weiterhin starken Auftrieb. Die offiziellen Medienplattformen der al-Qaida und al-Qaida-nahe Medienportale verbreiten regelmässig Aufrufe zu gewaltsamen Aktionen in den USA und in Europa sowie gegen israelische Interessen weltweit.

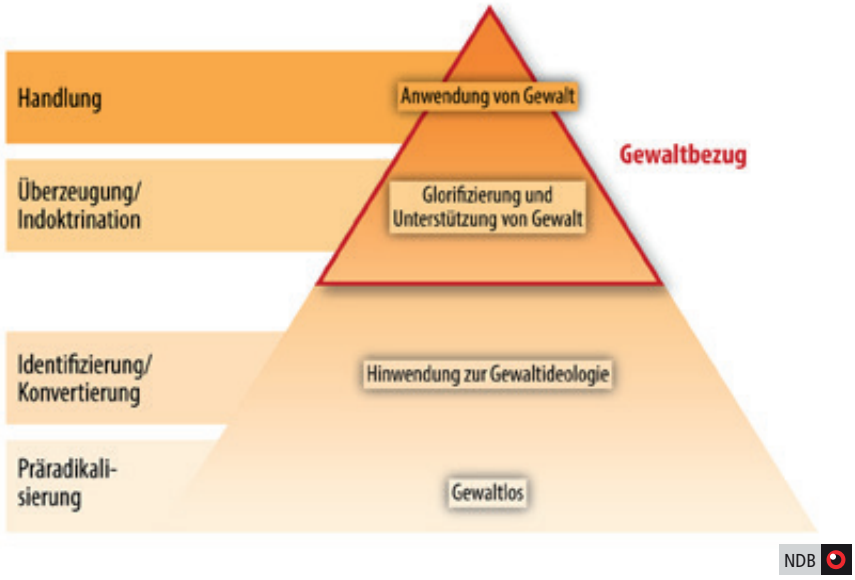
Auch wenn westliche Interessen kein primäres Ziel für die Ableger und affiliierten Regionalgruppierungen des «Islamischen Staats» und der al-Qaida darstellen, bleiben Entführungen von Angehörigen westlicher Staaten oder Anschläge auf westliche Interessen jederzeit möglich. Entsprechend können auch Schweizer Staatsangehörige, Organisationen und Unternehmen in den Operationsgebieten dieser Gruppierungen Opfer terroristischer Gewalttaten werden.

Eine Abnahme der weltweiten Migration ist äusserst unwahrscheinlich, und Migration wird auf längere Frist auch sicherheitspolitische Auswirkungen im Bereich Terrorismus haben. Es ist eher wahrscheinlich, dass es mehr terroristische Akteure und Verdachtspersonen geben wird, deren Integration in westliche Gesellschaften fehlgeschlagen ist.

RADIKALISIERUNG MINDERJÄHRIGER IM INTERNET

Obwohl kein gänzlich neues Phänomen, beschäftigt das Thema «Radikalisierung Minderjähriger» die europäischen Nachrichtendienste verstärkt. Im Bereich des dschihadistischen Terrorismus radikalisieren sich Minderjährige in vielen Fällen online und im Vergleich zu Erwachsenen häufig in kurzer Zeit. Die Faszination für Gewalt spielt dabei in der Regel eine grössere Rolle als die Ideologie. Minderjährige sind häufig ideologisch flexibel. Soziale Netzwerke wie Tiktok, Instagram und Telegram wie auch Online-Prediger aus dem salafistischen Ideologieraum spielen eine zentrale Rolle bei der Radikalisierung. Soziale Netzwerke sind für Minderjährige leicht und oft unkontrolliert zugänglich, ermöglichen den Zugang in andere Welten, den Austausch mit Gleichgesinnten und die Bildung virtueller Netzwerke über Landesgrenzen hinweg. Die Online-Prediger sprechen gezielt junge Menschen an, die auf Sinnsuche sind und Antworten auf Religions- oder auch Alltagsfragen

Radikalisierungsprozess



erwarten. Sie richten ihre Angebote inhaltlich und in der Aufmachung auf Jugendliche aus und bieten so einen niederschwelligen Einstieg in extremistische Denkweisen. Sie bieten den Nährboden dafür, dass Minderjährige auch für die Online-Propaganda dschihadistischer Organisationen empfänglich werden. Auch in der Schweiz hat der NDB mehrere Fälle von Minderjährigen identifiziert, die sich online radikalisiert haben.

Die Verbreitung und der Konsum dschihadistischer Propaganda im Cyberraum werden anhalten und sich radikalisierend gerade auf Minderjährige auswirken. Die stetige Beschäftigung mit dschihadistischer Propaganda kann insbesondere sozial isolierte oder psychisch labile Minderjährige radikalisieren und sie zur Anwendung von Gewalt inspirieren. Eine Zunahme der Anzahl minderjähriger und jugendlicher Verdachtspersonen und Täterschaften ist wahrscheinlich. Die individuelle Einschätzung, ob von einem oder einer Minderjährigen eine Bedrohung ausgeht, stellt die Behörden vor Herausforderungen. Wegen der jugendlichen Identitätssuche kann die Ernsthaftigkeit von Aussagen oft nicht bewertet werden.

Um den bei Minderjährigen rasch ablaufenden Radikalisierungsprozess frühzeitig zu erkennen und ihm präventiv zu begegnen, bleibt die Zusammenarbeit mit Institutionen besonders im Schul- und Sozialbereich und mit der Polizei vor Ort wichtig.

PKK

Als Hauptvertreterin der Kurdinnen und Kurden sowie des autonomen Gebiets in Nordostsyrien führt die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) in Europa einen mehrheitlich gewaltfreien Kampf um Anerkennung der kurdischen Identität in den Kurdengebieten der Türkei, Syriens und Irans. Verdeckt sammelt die PKK auch in der Schweiz Geld, betreibt Propaganda und führt Ausbildungslager durch. Sie indoktriniert junge Menschen und rekrutiert gezielt Einzelne als künftige Kaderangehörige und für den Fronteinsatz gegen die türkische Armee. Die Kulturvereine nehmen sich neu ankommender kurdischer Flüchtlinge an und versuchen, diese für Parteizwecke zu instrumentalisieren. Die PKK arbeitet punktuell mit Personen aus der gewalttätigen linksextremistischen Szene zusammen.

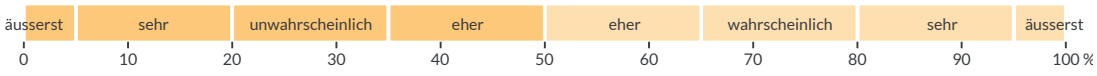
Die PKK wird ihr langjähriges Ziel weiterverfolgen, von der EU-Terrorliste gestrichen zu werden. Sie wird deshalb trotz vereinzelt gewaltsamen Protesten und Spannungspotenzial grundsätzlich am Gewaltverzicht in Europa festhalten. Ihre verdeckten Aktivitäten wird die PKK weiterführen. Bei einer Lageverschärfung in Nordsyrien und im Nordirak oder bei aussergewöhnlichen Ereignissen mit PKK-Bezug ist zeitweise erhöhter Aktivismus in Europa und der Schweiz wahrscheinlich. Türkische Vertretungen und Einrichtungen wie Vereinslokale und Moscheen stellen potenzielle Anschlagsziele der PKK dar.

HISBOLLAH

Die von der libanesischen Hisbollah ausgehende Bedrohung in Europa ist auf die Konflikte zum einen zwischen Israel und der Hisbollah, zum andern zwischen Iran und von diesem als feindlich angesehenen Staaten zurückzuführen. Sie will bereit sein, ihre Feinde bei Bedarf asymmetrisch zu treffen. Was die Schweiz betrifft, unterhält die Hisbollah in der schiitisch-libanesischen Diasporagemeinschaft ein Netzwerk von einigen Dutzend Personen, die die Organisation unterstützen. Einige davon könnten dies auch bei einer terroristischen Aktion tun.

Das Ausmass der von der libanesischen Hisbollah ausgehenden Bedrohung für Europa und damit auch für die Schweiz hängt in erster Linie von der militärisch-politischen Lage im Nahen und Mittleren Osten ab. Die Kriegshandlungen könnten aus Sicht der Hisbollah einen Anschlag auf Angehörige oder Interessen von als feindlich angesehenen Staaten ausserhalb des Nahen und Mittleren Ostens rechtfertigen.

Wahrscheinlichkeitsskala



Was sieht der NDB?
Was erwartet der NDB?

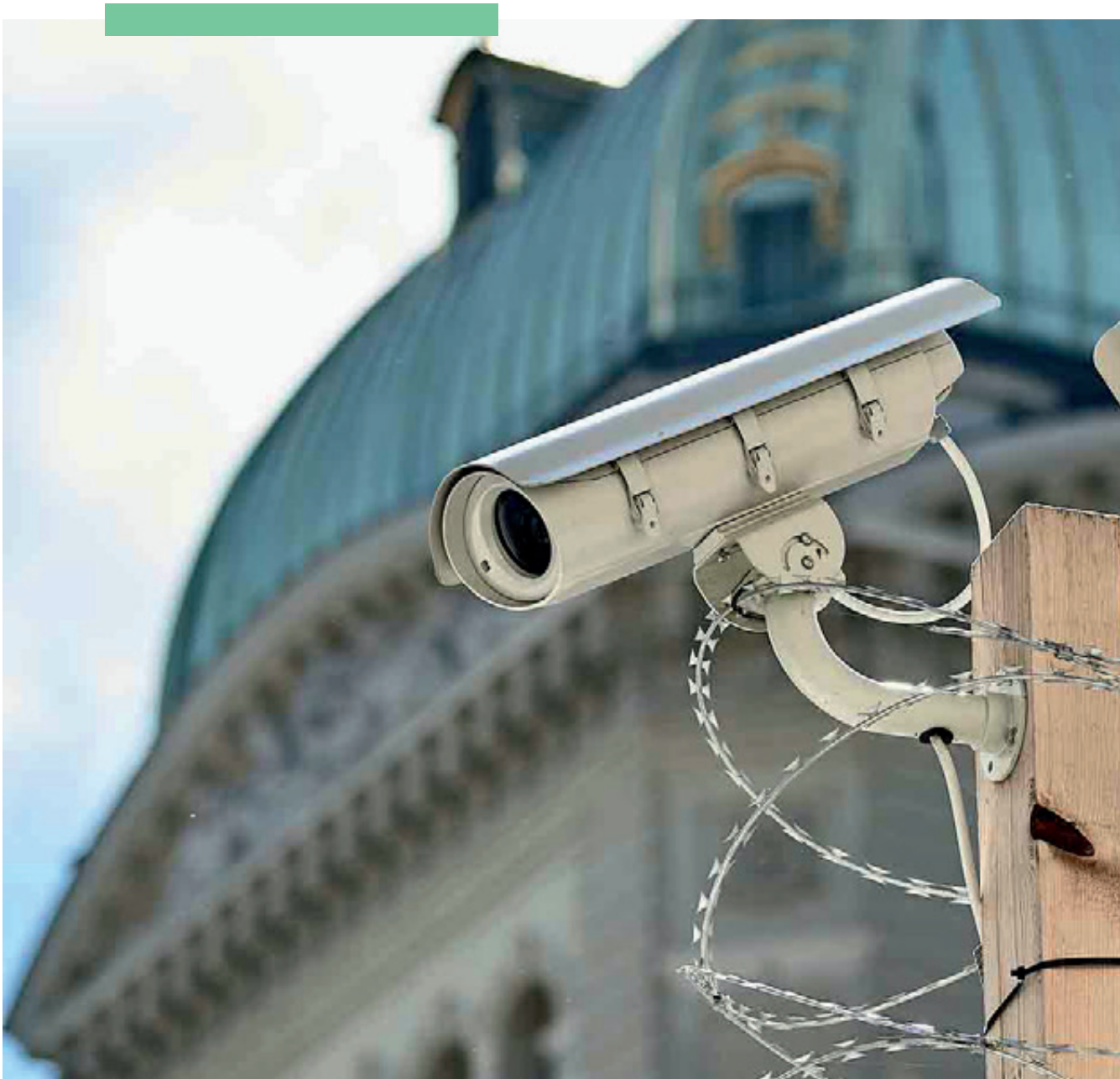


Abbildung 7

GEWALTTÄTIGER EXTREMISMUS

BEDROHUNG DURCH DIE GEWALTTÄTIG-EXTREMISTISCHEN SZENEN

Die gewalttätige rechts- und die gewalttätige linksextremistische Szene setzen ihre Aktivitäten in gewohnter Weise fort. Die von den beiden gewalttätigen Szenen ausgehende Bedrohung hat sich auf einem erhöhten Niveau stabilisiert.

An mobilisierenden Themen wird es weder der gewalttätigen rechts- noch der gewalttätigen linksextremistischen Szene fehlen. Beide werden die Tagesaktualität verfolgen und die Planung ihrer Aktivitäten daran ausrichten. Die etablierten Gruppierungen werden sehr wahrscheinlich ihre Strategie und ihre Taktik nicht ändern.

Die gewalttätige linksextremistische Szene wird sehr wahrscheinlich einen weit verstandenen Antifaschismus neben der kurdischen Sache zuoberst auf die Agenda setzen. Wie in den vergangenen Jahren werden die grossen internationalen Konflikte, etwa im Nahen Osten oder in der Ukraine, zweitrangige Themen bleiben. Das Gewaltpotenzial der Szene bleibt konstant. Sie kann spontan mobilisieren und scheut vor Gewaltexzessen namentlich gegen Sicherheitskräfte nicht zurück. Ihre Aktionen erregen hauptsächlich Aufmerksamkeit. Hingegen gelingt es ihr nicht, die Demokratie und die sie tragenden Prinzipien zu destabilisieren, die eigenen politischen Feinde von politischen Debatten auszuschliessen oder den Rechtsstaat grundsätzlich zu verändern.

Die gewalttätige rechtsextremistische Szene wird wie in den vorangegangenen Jahren ihre Aktivitäten fortführen. Ihre Treffen sind meist klandestin, dem Blick der Öffentlichkeit entzogen. Handkehrum werden gewisse Gruppierungen damit fortfahren, öffentlich zu aktuellen politischen Themen Stellung zu beziehen und zu versuchen, die eigenen Ideen in den institutionalisierten Diskurs einzubringen. Grossen Einfluss werden sie damit nicht erlangen. Zur Gewalt greifen sie zum Schutz, zum Beispiel wenn gewalttätige antifaschistische Kreise sie körperlich angreifen. Bekannt sind die Kontakte der gewalttätigen rechtsextremistischen Szene zu ihren Kollegen in den benachbarten Ländern. Manche Mitglieder deutscher Gruppierungen denken sehr wahrscheinlich darüber nach, einen Teil ihrer Aktivitäten in die Schweiz zu verlegen. Dies folgt auf eine Reihe von Verboten deutscher rechtsextremistischer Gruppierungen. Solche Verbote sind derzeit in der Schweiz nicht möglich, aber der NDB sorgt zusammen mit der Polizei, kantonalen Behörden, dem Bundesamt für Polizei, dem Staatssekretariat für Migration und seinen Partnerdiensten im Ausland dafür, dass solche Aktivitätsverlagerungen erkannt und möglichst unterbunden werden. Insbesondere Fernhaltemassnahmen und Veranstaltungsverbote werden hierzu eingesetzt.

NATIONALER AKTIONSPLAN

Die wiederholte Beschäftigung mit dschihadistischer Propaganda kann insbesondere sozial isolierte oder psychisch labile Minderjährige radikalisieren und sie zur Anwendung von Gewalt inspirieren. Radikalisierungsprozesse frühzeitig zu erkennen und ihnen präventiv zu begegnen ist eine Verbundaufgabe. Die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist wichtig. Ein zentrales Instrument hierfür ist der zweite Nationale Aktionsplan zur Verhinderung und Bekämpfung von Radikalisierung und gewalttätigem Extremismus. Der unter der Leitung des Sicherheitsverbundes Schweiz erarbeitete Aktionsplan ist 2023 in Kraft getreten und soll bis 2027 umgesetzt werden. Dieser richtet sich verstärkt auf alle Formen des Gewaltextremismus aus. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf der Prävention der Radikalisierung von jungen Menschen und dem kritischen Umgang mit dem Internet und sozialen Medien. Insgesamt elf Massnahmen in vier Wirkungsfeldern sollen interdisziplinär und interinstitutionell umgesetzt werden, um die höchste Wirksamkeit zu erreichen.

https://www.svs-rns.ch/de/informationsbroschuere

RECHTSEXTREMISTISCH MOTIVIERTER TERRORISMUS UND DIE RADIKALISIERUNG MINDERJÄHRIGER

Das Phänomen – ein fiktives Beispiel: Ihr fünfzehnjähriger Sohn verbringt seine gesamte Freizeit vor seinem Computer, seinem Mobiltelefon oder seiner Spielkonsole. Vor einigen Monaten liess er Sie wissen, dass er die Schule abbrechen will, weil seine Mitschüler und Mitschülerinnen ihn mobben. Zu Weihnachten hat er sich einen 3D-Drucker gewünscht und besteht darauf, sich die Haare wachsen zu lassen, um sie danach mit einem Topfschnitt zu tragen. Schreiten Sie ein, weil die Schulnoten deutlich schlechter geworden sind, die Freizeitbeschäftigung hauptsächlich im Cyberraum stattfindet und es ihm an Kontakten mit Gleichaltrigen fehlt, regt er sich auf und behandelt Sie als NPC.

Wie alle anderen westlichen Nachrichtendienste stellt der NDB seit 2019 fest, dass eine rechtsextremistische Ideologie im Entstehen begriffen ist, die ihre Anhänger dazu bringen will, Terrorakte zu begehen. Der Akzelerationismus wurde mit den «Siege»-Schriften James Masons populär und von zahlreichen Online-Gruppierungen wie der Atomwaffen Division aufgegriffen. Er sieht die westlichen Regierungen als tief korrupt und gegen die Interessen der «weissen Rasse» handelnd an. In dieser Sicht haben Multikulturalismus und Demokratie zu einem Versagen des politischen Systems geführt, der gesellschaftliche Zusammenbruch ist nicht zu verhindern und ein «Rassenkrieg» steht bevor. Anhänger solcher Thesen glauben daran, dass gegen das System Gewalt eingesetzt werden muss, damit der Zusammenbruch beschleunigt wird.

Propagiert wird diese Ideologie vornehmlich online; insbesondere bei der Radikalisierung Minderjähriger spielt sie eine Hauptrolle. Weltweit hat sie bereits zu mehreren Gewalttaten, in anderen Fällen zumindest zu Vorbereitungshandlungen hierzu geführt, auch in der Schweiz. Das höchste Konkretisierungsrisiko besteht darin, dass eine mit Schusswaffen oder selbsthergestellten Sprengkörpern bewaffnete junge Person an einem öffentlichen Ort, etwa einer Schule, eine möglichst hohe Opferzahl zu verursachen versucht.

Im Kern der akzelerationistischen Szene werden Referenztexte ausgetauscht. Es geht dabei um Manifeste, die die Urheber von Gewaltakten verfasst haben, um Bücher rechtsextremistischer Autoren, aber auch um Texte, die von anonym bleibenden Autoren verfasst und online geteilt werden. Diese Publikationen dienen der Indoktrinierung, bieten aber auch sehr genaue Erklärungen, wie Waffen oder Sprengsätze hergestellt werden, wie man sich klandestin verhält oder welche Angriffsziele gewählt werden sollen.

Die akzelerationistische Szene und ihre Anhänger sind erkennbar, weil sie Codes und eine spezifische Ästhetik nutzen. Indikatoren für ein Interesse an akzelerationistischen Ideen ist die Ästhetik des Fashwave mit ihren violett und türkis fluoreszierenden Farben, eine Heiligenikonologie im Zusammenhang mit den Urhebern von Massentötungen oder der Gebrauch von Memes mit Figuren wie Pepe the Frog oder von neonazistischen Symbolen.

In westlichen Ländern wird die Anzahl akzelerationistischer Radikalisierungen zunehmen. Auch in der Schweiz. Wie im fiktiven Beispiel bleiben die Anzeichen für eine Radikalisierung diffus und erfordern besondere Aufmerksamkeit, damit sie rechtzeitig erkannt werden. Schwierigkeiten bei der sozialen Integration und Mobbing in der Schule werden häufig auslösende Elemente sein, in eine virtuelle Realität zu flüchten, in der sich Jugendliche gehört und verstanden fühlen. Auf der Suche nach ihrer Identität bleiben Jugendliche altershalber besonders beeinflussbar. Sie sind deshalb die idealen Kandidaten für eine akzelerationistische Radikalisierung.

Erstkontakt mit der Ideologie und Indoktrinierung werden sich weiterhin mehrheitlich im Internet abspielen, in sozialen Netzen und auf Online-Plattformen für gewalttätige Spiele. Mögliche Täter inspirieren sich an einer Mischung oder Fragmenten rechtsextremistischer Ideologien, die sie dort vorfinden, insbesondere bei «Siege» oder akzelerationistischen Schriften. Sie wenden sich aber auch anderen Inspirationsquellen wie dem Kommunismus, dem Dschihadismus oder dem Survivalismus zu. Einen Fall einer Ideologie eindeutig zuzuweisen, bleibt manchmal schwierig. Solche Inspirationen gehen im Allgemeinen Hand in Hand mit einer Faszination für die Urheber von Massentötungen wie Anders Breivik (2011, Norwegen), Brenton Tarrant (2019, Neuseeland) oder Dylann Roof (2015, USA) – es ist dessen Haarschnitt, den der Jugendliche im eingangs dargelegten fiktiven Beispiel imitieren will.

Weiter lässt sich eine solche Radikalisierung an einer spezifischen Sprache erkennen. So steht die Abkürzung NPC für Non-Playable Character und stammt aus der Welt der Videospiele. Sie bezeichnet eine Figur, die mit den Spielfiguren interagiert, sich aber anders als diese nicht spielen lässt. Die Bezeichnung ist als Beleidigung gemeint und soll den Gesprächspartner als unwichtig, ohne Interesse und Persönlichkeit herabsetzen.

Solche Fälle rechtzeitig zu erkennen, stellt eine enorme Herausforderung dar, nicht nur für die Nachrichtendienste, sondern auch für die Eltern, Schulen, Sozialdienste, Strafverfolgungsbehörden und alle anderen Institutionen, die in regelmässigem Kontakt mit adoleszenten Menschen stehen. Die Sensibilisierung aller dieser Partner ist angesichts der zunehmenden Bedrohung vorrangig. Damit soll vermieden werden, dass sie Anzeichen einer Radikalisierung und deren potenzielle gewaltsame Konsequenzen unterschätzen.

Wahrscheinlichkeitsskala

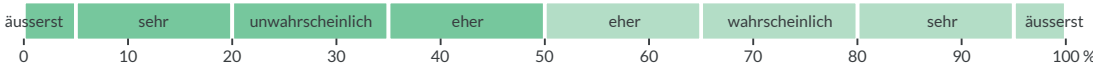


Abbildung 8

PROLIFERATION

RUSSLAND

Russland hat sich darauf eingestellt, dass seine Wirtschaft auf Jahre hinaus einen Krieg zu alimentieren hat. Es hat die Industrie darauf ausgerichtet, Nachschub zur Fortführung des Kriegs gegen die Ukraine zu produzieren. Die Produktion ist stark angestiegen, die Rüstungsindustrie ist im Schichtbetrieb fast rund um die Uhr tätig. Der Verschleiss von Maschinen und Ersatzteilen hat sich massiv erhöht, weswegen Russland weiterhin intensiv in westlichen Staaten sanktionierte Güter beschafft. Dabei handelt es sich nicht nur um Dual-use-Güter, die zur Herstellung von Präzisionswaffen und Waffensystemen verwendet werden können, sondern auch um gewöhnliches Verbrauchs- und Wartungsmaterial. Die Beschaffung von zum Erhalt der Industrie notwendigen Gütern hat sich jedoch erschwert. In Kombination mit dringendem Bedarf stellt dies für Russland eine grosse Herausforderung dar.

Zur Beschaffung sanktionierter Güter nutzt Russland Privatfirmen in Drittstaaten. Im Fokus stehen vor allem die Türkei, Serbien, Indien, zentralasiatische Staaten und China. Für bewilligungspflichtige Dual-use-Güter und zum Wissenserwerb im Bereich neue Technologien hat Russland Beschaffungsstrukturen aufgebaut. Diese sind komplexer als früher und werden bei Entdeckung zügig ersetzt. Für die Beschaffungsmechanismen stehen offensichtlich genug finanzielle Mittel und Personal zur Verfügung, um dies beliebig oft zu wiederholen. Für die Schweizer Exportkontrolle stellt dies eine grosse Herausforderung dar: Falsch deklarierte, also in Drittstaaten domizilierte Endempfänger für bewilligungspflichtige Dual-use-Güter sind bisweilen schwierig als solche zu erkennen, und Empfänger bewilligungsfreier Güter sowie der Weiterverkauf gebrauchter Komponenten in nichtsanktionierten Drittstaaten können nicht umfassend kontrolliert werden.

Der Handlungsspielraum des NDB besteht neben operationellen Massnahmen darin, Firmen in der Schweiz zu sensibilisieren, die die Produkte herstellen, die Russland zur Instandhaltung seiner Rüstungsindustrie zwingend benötigt. Ein Augenmerk ist darauf zu halten, wenn neue Kunden aus kritischen Drittstaaten auftauchen oder bestehende Kunden markant mehr Güter nachfragen.

Eine Strategieänderung oder eine Abnahme der russischen Beschaffungsbemühungen für westliche Güter ist nicht absehbar, und es ist damit zu rechnen, dass für Güterbeschaffungen weitere Drittstaaten hinzukommen. Dafür kommen alle Staaten in Frage, die die Russlandsanktionen nicht mittragen. Russland arbeitet verstärkt mit Iran und Nordkorea zusammen, die beide langjährige Erfahrung mit Sanktionen haben und diesen zum Trotz erfolgreich ihre Waffenprogramme weiterführen. Zumindest zeigt sich Russland ebenso flexibel und anpassungsfähig wie Iran und Nordkorea, und eine Zusammenarbeit basiert auf gegenseitigen Interessen.

China kommt eine besonders bedeutende Rolle zu. Es will den westlichen Staaten offiziell nicht in den Rücken fallen, verfolgt aber primär seine eigenen wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen. Es spielt eine zentrale Rolle als Zulieferer diverser Güter und elektronischer Komponenten, auch aus eigener Produktion. Der chinesische Binnenmarkt ist gigantisch und hervorragend für Sanktionsumgehungen geeignet.

Für die Schweizer Exportkontrolle ist es eine enorme Herausforderung, ihre Aufgabe wahrzunehmen. Der Bedeutungsverlust der internationalen Exportkontrollregime erschwert dies zusätzlich und wirft die Frage nach neuen Exportkontrollmechanismen auf.

NORDKOREA

Nordkorea gelangen 2023 mehrere bedeutsame Durchbrüche in seinen Lenk- und Kernwaffenprogrammen. Es führte insgesamt fünf Tests ballistischer Lenkwaffen mit interkontinentaler Reichweite (ICBM) durch, so viele wie nie zuvor in einem Jahr. Dabei testete es drei Typen von ICBM. Ein Schwerpunkt der total über vierzig Lenkwaffentests lag auf Systemen mit Feststoffantrieb. Hier erzielte Nordkorea mit der ICBM Hwasong-18 bedeutende technologische Fortschritte. ICBM mit Feststoffantrieb bieten gegenüber solchen mit Flüssigantrieb wesentliche operative Vorteile, insbesondere hinsichtlich Überlebens- und Reaktionsfähigkeit. Sie erhöhen damit Nordkoreas militärisches Potenzial. Sein Fokus bei den Tests im laufenden Jahr liegt auf Systemen kurzer und mittlerer Reichweiten mit Feststoffantrieb.

Nach über einem Jahrzehnt Bauzeit wurde auf der Nuklearanlage Yongbyon ein neuer Kernreaktor in Betrieb genommen. Der Leichtwasserreaktor ist ein Meilenstein auf dem erklärten Weg zum U-Boot mit Nuklearantrieb und hat das Potenzial, die Produktion von dringend benötigtem Plutonium zu verdoppeln.

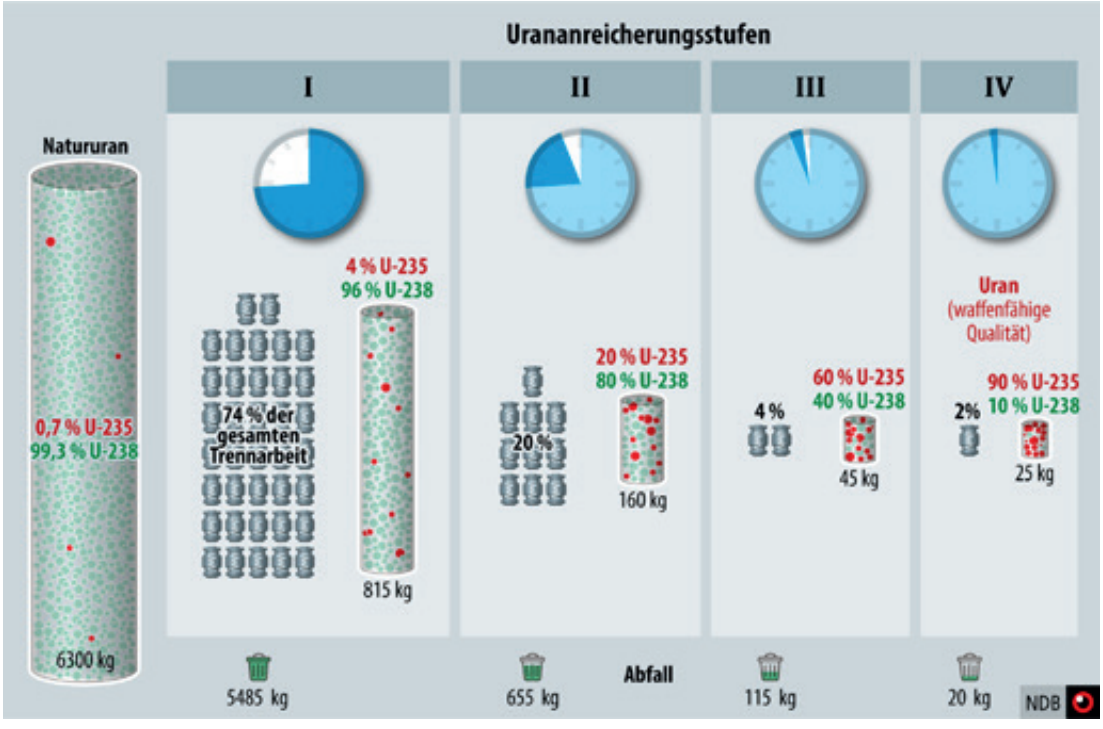
Die Erfolge der strategischen Rüstungsprogramme und die neue Rolle Nordkoreas als Rüstungslieferant der nuklearen Supermacht Russland werden das Regime in der Überzeugung bestärken, weiterhin kein Übereinkommen mit den westlichen Staaten zu suchen. Es wird die Produktion von Spaltmaterial für Kernwaffen nach Kräften steigern sowie die Operationalisierung von Trägermittelsystemen fortsetzen und auf Systeme höherer Reichweite ausweiten. Südkorea wird auf die wachsende militärische Potenz seines Nachbarn mit umfangreichen Investitionen im Bereich ballistischer Lenkwaffen reagieren. Die gegenseitige Androhung von Präventivschlägen in Verbindung mit der zunehmenden Operationalisierung nordkoreanischer Trägermittelsysteme erhöht das Risiko einer ungewollten, aber folgenschweren Eskalation auf der koreanischen Halbinsel.

IRAN

Im Atomstreit mit Iran geht der Balanceakt zwischen Eskalation und Diplomatie weiter. 2023 verzichtete Iran auf drastische Schritte wie die Produktion von waffenfähigem Uran und sah von der Installation grösserer Stückzahlen moderner Zentrifugen zur Urananreicherung ab. Zeitweilige symbolische Gesten der Verhandlungsbereitschaft im Bereich der Urananreicherung hingegen wurden Opfer des Gazakriegs. 2024 hat Iran in Fordo zusätzliche moderne Zentrifugen installiert und die Produktion von hoch angereichertem Uran hochgefahren. Zudem kündigte Iran einen weiteren Ausbau der Anreicherungsanlagen in Fordo und Natanz an. Die Kooperation Irans mit der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) hat sich verschlechtert: Road-Maps wurden zu Makulatur, die wichtigsten Safeguard-Fragen sind ungeklärt, erfahrenen Inspektoren wurde die Akkreditierung entzogen. Gleichzeitig verbesserte Iran seine technische und infrastrukturelle Ausgangslage weiter, um vor Luftschlägen geschützt innert kurzer Zeit signifikante Mengen hochangereichertes Uran produzieren zu können. Mit anderen Worten: Iran bereitet sich auf ein Kernwaffenprogramm vor. Iran könnte innert weniger Tage genügend waffenfähiges Uran produzieren, würde dann aber wahrscheinlich noch mindestens ein Jahr für die Konstruktion einer funktionsfähigen Waffe brauchen.

Nach zwei Jahrzehnten internationaler Sanktionen gegen das iranische Nuklearprogramm hat Iran derweil seine Abhängigkeit von westlichen Staaten in verschiedenen Schlüsseltechnologien stark reduziert. Auch die Schweiz hat

Stufenweise Anreicherung von Natururan zu waffenfähigem Uran

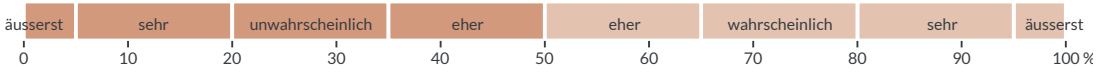


als Ziel iranischer Beschaffungen an Bedeutung verloren. Multilaterale Güterkontrolle ist insgesamt nicht mehr in der Lage, den Bau einer iranischen Kernwaffe entscheidend zu beeinflussen.

Ein diplomatischer Durchbruch im Atomstreit ist sehr unwahrscheinlich. Auch begrenzte, informelle Vereinbarungen werden weniger wahrscheinlich. Zwar hat keine Partei Interesse an einer Eskalation, aber Schritte zur Entspannung sind vor dem Hintergrund des aktuellen Nahostkonflikts und iranischen Waffenlieferungen an Russland schwierig.

Die strategische Ausrichtung Irans auf seine Nachbarstaaten und China wird konkreter werden. Die militärische Zusammenarbeit mit Russland wird fortbestehen und eher wahrscheinlich ausgedehnt. In der politischen Führung wird sich zunehmend die Überzeugung durchsetzen, wirtschaftlich auf eine Einigung mit den westlichen Staaten verzichten zu können. Damit steigt der Druck auf die USA und Israel, das iranische Regime durch glaubhafte Androhung einer militärischen Reaktion von der Realisierung eines militärischen Nuklearprogramms abzuschrecken. Diese militärische Abschreckung birgt allerdings selbst das Risiko, eine existenzielle äussere Bedrohung darzustellen, die Iran zum Schritt zu einem militärischen Kernwaffenprogramm veranlassen könnte.

Wahrscheinlichkeitsskala



Was sieht der NDB?
Was erwartet der NDB?

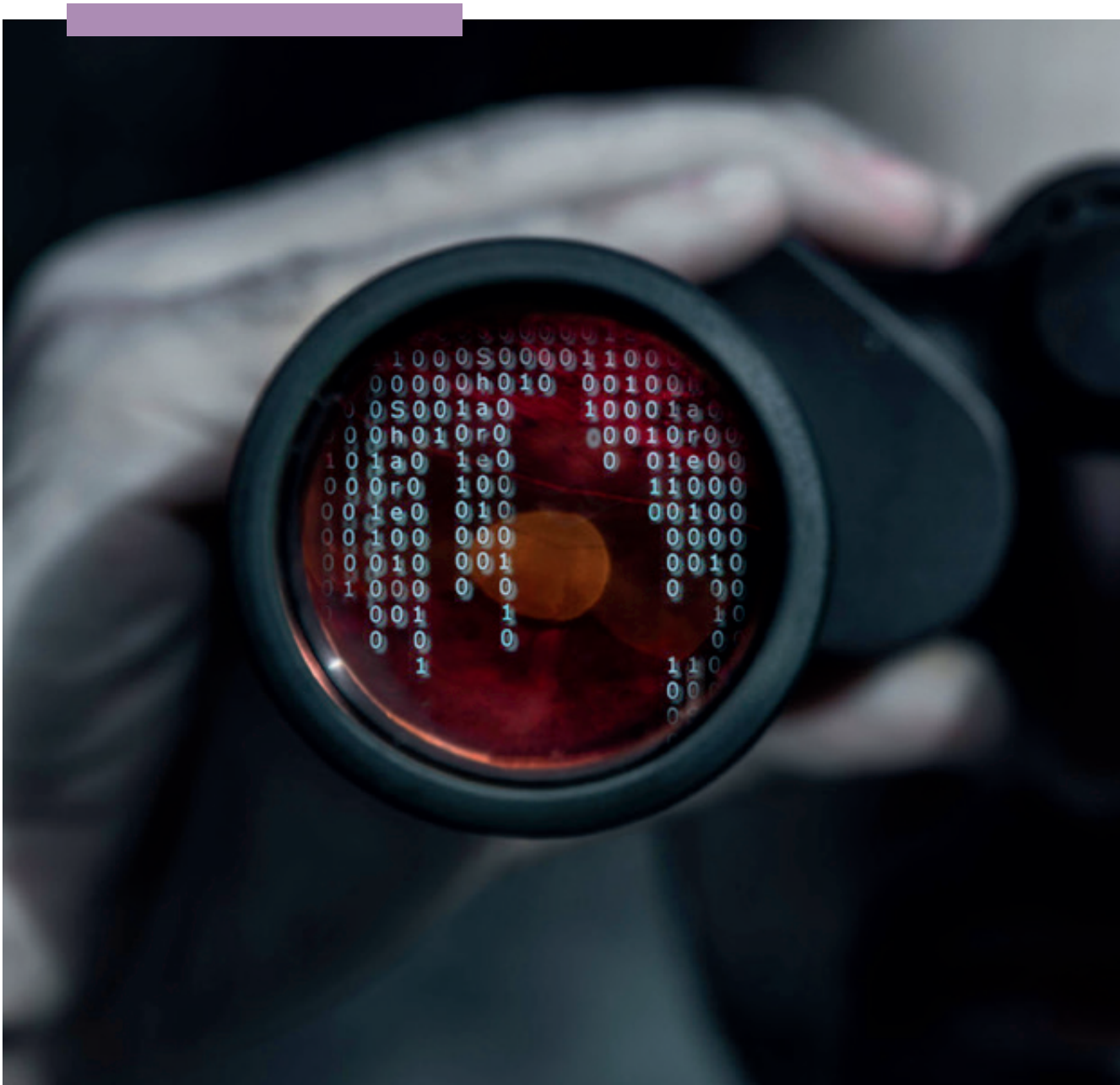


Abbildung 9

VERBOTENER NACHRICHTENDIENST

ALLGEMEINE SPIONAGEBEDROHUNG

Spionage bleibt ein bevorzugtes Werkzeug, um Informationen zu beschaffen und daraus einen Vorteil zu ziehen. Dabei geht es zum einen um Informationen zur wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Lage, zum anderen um die Absichten und Fähigkeiten staatlicher wie nichtstaatlicher Akteure, insbesondere auch um Technologien und exklusives Wissen. Einen erheblichen Teil ihrer Mittel investieren Nachrichtendienste im Allgemeinen in die Aufklärung und Abwehr ihrer jeweils grössten Gegner und imminenter Bedrohungen. Die Tätigkeiten der Nachrichtendienste sind also stark lagegetrieben.

Die Nachrichtendienste der Grossmächte sind führend. In ihrem Selbstverständnis als Grossmächte und aufgrund ihrer globalen Ambitionen ist es ihr Ziel, möglichst viel über die relevanten Akteure im internationalen Umfeld in Erfahrung zu bringen. Die Aufklärungsobjekte sind zahlreich und umfassen Staaten, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und politische Parteien, aber auch Terrororganisationen und gewaltextremistische Gruppierungen im In- und Ausland; es gehören neben staatlichen und nichtstaatlichen Gegnern auch wirtschaftliche, politische und militärische Konkurrenten dazu, aber auch Alliierte. Dafür setzen die Grossmächte enorme Mittel ein und betreiben weltumspannende technische und menschliche Netzwerke. Sie unterhalten in der Regel mehrere Nachrichtendienste, die Zehntausende, teilweise sogar mehrere hunderttausend Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen.

Die Mittel der Nachrichtendienste anderer Staaten, darunter auch der Regionalmächte, oder nichtstaatlicher Akteure sind meist viel geringer. Die Bandbreite ist jedoch gross. Wegen der geringeren Mittelausstattung richten sich die Aktivitäten dieser Nachrichtendienste hauptsächlich gegen ihre grössten staatlichen Gegner und die nichtstaatlichen Akteure, die die Sicherheit des eigenen Staates beziehungsweise der eigenen politischen Führung direkt bedrohen. In autoritären Staaten umfassen die nichtstaatlichen Gegner auch Aktivisten und Aktivistinnen, politische Oppositionelle und Medienschaffende im In- und Ausland.

Dass sich in der Schweiz zahlreiche lohnende Spionageziele finden, lockt Nachrichtendienste aus aller Welt an. Dazu gehören insbesondere die hier ansässigen internationalen Organisationen und führenden Forschungsinstitutionen und Unternehmen. Die Spionagebedrohung bleibt dementsprechend hoch. Zahlreiche Dienste unterhalten hier getarnte Stützpunkte, sogenannte Residenturen. In der Regel werden diese in diplomatischen Vertretungen betrieben. Darüber hinaus gibt es Hinweise darauf, dass vor allem grössere Dienste in der Schweiz Tarnfirmen unterhalten.

Russische und chinesische Dienste verfügen über die Fähigkeit und die Absicht, ihre Aktivitäten sowohl gegen die Schweiz als auch gegen ausländische Entitäten in der Schweiz zu richten. Die Dienste anderer Staaten fokussieren sich in der Regel auch hierzulande auf ihre grössten Konkurrenten und Gegner, das heisst bei Staaten auf deren diplomatische Vertretungen und Firmenableger beziehungsweise auf Mitglieder gewaltextremistischer Gruppierungen, Oppositionelle, Aktivisten, Medienschaffende und Politikerinnen und Politiker, gleichgültig ob in der Schweiz niedergelassen oder nur für kurze Zeit hier anwesend. In dieser Hinsicht ist die Schweiz häufig nur Schauplatz und nicht das eigentliche Ziel. Dazu trägt auch der Umstand bei, dass die Schweiz Teile der UNO und weitere internationale Organisationen beherbergt und hierzulande wichtige internationale Konferenzen und Treffen durchgeführt werden.

Spionage und andere nachrichtendienstliche Aktivitäten werden sich nicht fundamental verändern. Das geschilderte umfassende Informationsbedürfnis wird konstant bleiben. Dasselbe gilt für die Aufklärungsmethoden. Allerdings sind drei Entwicklungen für die Schweiz zu erkennen:

- Die Schweiz beschafft neue, moderne Rüstungsgüter. Diese sind äusserst wahrscheinlich für zahlreiche Akteure von hohem Interesse, sodass diese Aufklärungsversuche unternehmen werden.

- Digitalisierung führt zu einer weiteren Zunahme technischer Aufklärungsmöglichkeiten, insbesondere das Eindringen in technische Netzwerke und Geräte. Öffentliche und private Organisationen, die heikle Daten verarbeiten, sind besonders attraktive Ziele. Diese Bedrohung wird noch zu oft unterschätzt und weiter begünstigt durch den Trend zur Auslagerung von Dienstleistungen an teils schlecht geschützte Organisationen und den Druck, Daten in der Cloud zu speichern.

- Es ist wahrscheinlich, dass sich Fronten zwischen den Gross- und Regionalmächten weiter verhärten und die Nachrichtendienste deswegen noch offensiver und aggressiver auftreten und sich teilweise gegenseitig bekämpfen werden – auch in der Schweiz.

Unter den gegebenen Umständen bleibt die Schweiz ein bevorzugter Ort für Spionage und andere nachrichtendienstliche Aktivitäten. Einen Einfluss hat aber auch das Spionageabwehrdispositiv, das im Vergleich mit anderen europäischen Staaten weniger ausgebaut ist.

BEDROHUNG DURCH RUSSISCHE NACHRICHTENDIENSTE

Die grösste Bedrohung der Schweiz durch Spionage geht aktuell von russischen Nachrichtendiensten aus. Die aggressive russische Aussen- und Sicherheitspolitik spiegelt sich auch in ihren nachrichtendienstlichen Aktivitäten wider. Diese richten sich sowohl gegen schweizerische als auch gegen ausländische Staatsangehörige und Organisationen in der Schweiz. Schweizerinnen und Schweizer sind aber auch im Ausland von russischer Spionage betroffen.

Die Aktivitäten gehen über Spionage hinaus und umfassen Propaganda, verdeckte Einflussnahme und die Beschaffung sanktionierter Güter. Der NDB kennt Teile der dazu eingesetzten Netzwerke. Sie bestehen auch aus schweizerischen Staatsangehörigen. Erkennbar sind dabei vor allem Beschaffungsbemühungen über Netzwerke menschlicher Quellen und mit Cybermitteln.

Die russischen Nachrichtendienste betreiben regelmässig und seit Jahren Informatikinfrastrukturen in der Schweiz, um Ziele in der Schweiz und im Ausland anzugreifen. In der Schweiz dienen diese Cyberangriffe hauptsächlich der Spionage, aber die Akteure können auch andere Ziele wie Sabotage, Manipulation und Desinformation gegenüber Zielen im Ausland verfolgen. Russland hat wie andere Staaten seine offensiven Cybermittel entwickelt, zum einen mit dem Ausbau staatlicher Kapazitäten, zum anderem über die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Gruppierungen.

Für Cyberangriffe haben spezialisierte Einheiten der russischen Nachrichtendienste ein grenzübergreifendes Netz aus Servern, Routern und anderem Equipment eingerichtet, unter anderem in der Schweiz. Sie nutzen diese Server, um Schadsoftware zu verschicken, Computer zu kontrollieren, gestohlene Daten zu speichern und zu transferieren und mit anderen Teilen der Angriffsinfrastruktur zu kommunizieren. Die Nachrichtendienste nutzen den Umstand, dass diese Geräte rund um die Uhr online, oft schlecht geschützt und auch nicht überwacht sind.

Die Angreifer steuern und kontrollieren diese Server im Normalfall via Fernzugriff. Sie mieten dazu bei einem Hostinganbieter unter falscher Identität einen Server oder kapern einen bereits eingerichteten Server und übernehmen dessen Kontrolle.

Neben Cyberspionage erfolgt ein erheblicher Teil der Informationsbeschaffung in der Schweiz mit menschlichen Quellen. Dafür stehen vor allem die russischen diplomatischen Vertretungen zur Verfügung.

Russische Nachrichtendienstoffiziere tarnen sich jedoch nicht nur als Diplomaten und Angestellte des administrativen und technischen Personals der diplomatischen Vertretungen. Sie geben sich auch als Medienschaffende, Funktionäre internationaler Organisationen, Touristinnen und Touristen sowie als Angestellte hiesiger Ableger russischer staatlicher beziehungsweise staatsnaher Organisationen aus.

Die zahlreichen Ausweisungen russischer Nachrichtendienstoffiziere unter diplomatischer Tarnung in Nordamerika und Europa haben allerdings nicht zum Aufwuchs der hiesigen Residenturen geführt. Auch wurden hier akkreditierte Offiziere nicht durch anderswo Ausgewiesene ersetzt.

Die russischen Nachrichtendienste bleiben ein fester und wichtiger Bestandteil des russischen Machtsystems. Sie beschaffen und verarbeiten nicht nur Informationen, sondern übernehmen zahlreiche weitere aus Sicht der russischen Staatsführung wichtige Aufgaben: Sie sorgen für politische Stabilität im Inland, führen im Ausland Sabotageaktionen durch, beseitigen bedrohliche Konkurrenten, kontrollieren strategisch wichtige Unternehmen im In- und Ausland und betreiben aktiv Aussenpolitik.

Die Schweiz bleibt für die russischen Dienste ein bevorzugter Aktionsraum. Die Bedrohung durch Spionage und Angriffe im Cyberraum nimmt hier sehr wahrscheinlich zu. Darüber hinaus wird auch weiterhin IT-Infrastruktur in der Schweiz für Angriffe auf Ziele in der Schweiz und im Ausland missbraucht. Die hiesigen russischen Residenturen gehören zu den grössten in Europa, auch weil die Schweiz Gaststaat vieler internationaler Organisationen ist. Ausweisungen einzelner Offiziere, denen nachrichtendienstliche Tätigkeiten nachgewiesen werden können, stören den Betrieb der Residenturen. Zudem profitiert die Schweiz auch in den nächsten Jahren von den Massnahmen anderer Staaten. Anderswo ausgewiesene Offiziere werden wegen Einreiseverboten in die Schweiz oder in den Schengenraum nicht einreisen oder sich hier akkreditieren lassen können. Zudem sorgen die verschärften Visumsbestimmungen im Schengenraum sowie die Einschränkungen im Luftreiseverkehr und im wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und militärischen Austausch für höhere Hürden und entsprechend Mehraufwand für die russischen Nachrichtendienste.

BEDROHUNG DURCH CHINESISCHE NACHRICHTENDIENSTE

Die Bedrohung der Schweiz durch die chinesischen Nachrichtendienste ist ebenfalls hoch. Sie gehen wie bei Russland über Spionage hinaus. Die Nachrichtendienste beschaffen nicht nur politische, militärische, wissenschaftliche und technologische Informationen, sondern überwachen, kontrollieren und beeinflussen auch die hiesigen Diasporagemeinschaften (transnationale Repression). Unter anderem geht es China darum, Äusserungen und Aktivitäten von oppositionellen Gruppierungen zu verhindern. Dafür setzen seine Nachrichtendienste wie auch andere Organe des Staates und der Kommunistischen Partei verschiedene Mittel ein, die auch Überwachungen und Einschüchterungen umfassen. China nutzt seine Möglichkeiten, um Personen und Unternehmen mit insbesondere wirtschaftlichen oder familiären Verbindungen zu China unter Druck zu setzen und sie für nachrichtendienstliche Zwecke einzuspannen. In China tätige ausländische Unternehmen bekunden zurecht ihre Sorge über die im Juli 2023 in Kraft getretene Revision des chinesischen Gesetzes zur nationalen Sicherheit. Diese Verschärfung ist Teil eines umfassenderen Trends, der 2012 mit dem Amtsantritt von Xi Jinping als Parteichef begonnen hat. Der chinesische Staats- und Parteichef hat viel unternommen, um die Kontrolle über die chinesischen Staatsangehörigen sowie Unternehmen und Organisationen in China selbst, aber auch ausserhalb des Landes zu stärken. In der neuen Fassung des Gesetzes wird der Handlungsspielraum der Behörden erweitert und bisher unpro-

blematische beziehungsweise legale Tätigkeiten können nun Spionageakte darstellen. Die begriffliche Unschärfe von Spionage und nationaler Sicherheit erleichtert willkürliche Rechtsanwendung und die Instrumentalisierung des Gesetzes durch die Behörden.

Die weltweit tätigen chinesischen Unternehmen in privater und staatlicher Hand dienen China als Hebel für Kontrolle. Chinesische Staatsangehörige, Unternehmen und Organisationen im Ausland, die weiterhin Verbindungen zu China unterhalten, können von den Behörden aufgefordert werden, mit den Sicherheitskräften zusammenzuarbeiten. Im Gegenzug erhalten sie Dienstleistungen und Erleichterungen oder ihnen werden im Verweigerungsfall Strafen angedroht. Chinas Fähigkeit, seine Organisationen und Staatsangehörigen jederzeit zugunsten seiner Interessen zu mobilisieren, muss bei wichtigen Entscheiden in Bezug auf die Sicherheit von schweizerischen privaten und staatlichen Organisationen in die Risikoeinschätzung integriert werden, damit bei allfälligen Spannungen mit China die Autonomie und der Handlungsspielraum der Schweiz gewahrt werden kann.

Für Spionage in der Schweiz setzt China weniger stark auf Residenturen an diplomatischen Vertretungen als Russland. Hingegen beschäftigen die chinesischen Dienste proportional mehr Nachrichtendienstoffiziere, die als Geschäftsleute, Touristen und Journalisten getarnt sind. Darüber hinaus ist die Informationsbeschaffung mit regimetreuen und loyalen Landsleuten über die Diasporagemeinschaft ausgeprägter.

Im Cyberbereich verfügen die chinesischen Nachrichtendienste über fortgeschrittene Fähigkeiten. Diese ergänzen die anderen Methoden, nicht öffentlich zugängliche Informationen zu beschaffen und politisch, wirtschaftlich, militärisch und technologisch Einfluss zu nehmen. Dazu haben staatliche chinesische Akteure im vergangenen Jahr Cyberoperationen gegen Regierungsstellen und Behörden in Europa durchgeführt. Ausmass und Geschwindigkeit dieser Aktivitäten sind besorgniserregend.

Für ihre Operationen nutzen die chinesischen Cyberakteure sogenannte Anonymisierungsnetzwerke, mit deren Hilfe sie die Rückverfolgung ihrer Operationen nach China erschweren. Umfang und Reife dieser Netzwerke illustrieren die fortgeschrittenen Fähigkeiten Chinas

KURZFILM ZUM THEMA „WIRTSCHAFTSSPIONAGE IN DER SCHWEIZ“

www.vbs.admin.ch (DE / Sicherheit / Nachrichtenbeschaffung / Wirtschaftsspionage)

im Cyberbereich. Die chinesischen Operationen laufen über Netzwerke, die aus zahlreichen gemieteten Servern oder kompromittierten Netzwerkgeräten von Firmen und Privatpersonen bestehen. Teile dieser Netzwerke befinden sich in der Schweiz, das heisst, dass IT-Infrastruktur in der Schweiz für chinesische Cyberoperationen missbraucht wird.

China ist daran, seine politischen, militärischen, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und nachrichtendienstlichen Potenziale auszubauen. Die Schweiz ist von diesem Ausbau in verschiedener Hinsicht betroffen. So profitieren von einem erleichterten Visumsregime oder Forschungsaustausch auch die chinesischen Nachrichtendienste, deren Offiziere leichter reisen können. Von der Schweiz eingesetzte oder demnächst zu beschaffende moderne Rüstungsgüter, die unter anderem auch von Nato-Staaten verwendet werden, sind äusserst wahrscheinlich ebenfalls im Fokus. Darüber hinaus bleiben hier ansässige und in ihren Branchen und Sektoren führende Unternehmen und Forschungsinstitutionen von grossem Interesse für China. Besonders kritisch ist die Abhängigkeit von chinesischer Informationstechnologie. Hier stellt sich immer wieder die Frage, ob Netzwerkgeräte Schwachstellen oder Hintertüren aufweisen, die chinesische Nachrichtendienste zu Spionage oder – im Fall erhöhter Spannungen beziehungsweise während eines Konflikts – zu Sabotage nutzen können.

China entwickelt sich in Bereichen wie Künstliche Intelligenz, Big Data oder Quanteninformatik zu einem Technologieführer. Es prägt technologische Entwicklungen mit, setzt technische Standards und baut seine Marktmacht aus. Chinesische Unternehmen kaufen zudem vermehrt wichtige und grosse Softwareunternehmen auf. Entsprechend wird es seine Fähigkeiten im Bereich Cyber weiter vorantreiben, wobei chinesische Cyberakteure schon heute grosse Expertise bei der Entwicklung und raschen Einsatzfähigkeit von Schadsoftware haben.

Anonymisierungsnetzwerke werden es nach wie vor schwierig machen, Cyberoperationen chinesischen Akteuren zuzuordnen. Erhöhte Spannungen in der Taiwanfrage könnten zeigen, ob China seine Cyberfähigkeiten auch für Sabotageoperationen einsetzen wird. Zwar sind im Unterschied zu Russland kaum Fälle chinesischer Cybersabotage bekannt, aber die chinesischen Akteure haben mehrfach bewiesen, dass sie tief in Systeme eindringen und diese analysieren können.

Wahrscheinlichkeitsskala

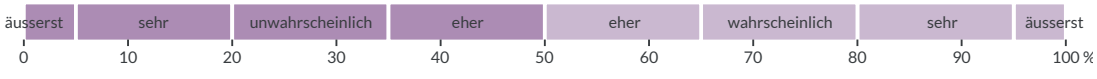


Abbildung 10

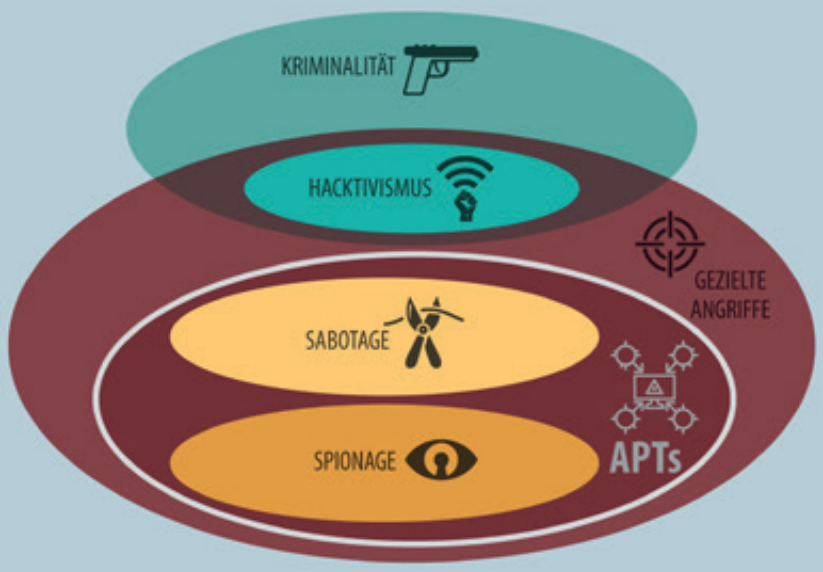
BEDROHUNG KRITISCHER INFRASTRUKTUREN

ALLGEMEINE BEDROHUNGSLAGE

Die Bedrohungslage im Bereich kritische Infrastrukturen ist stabil. Zwei Faktoren – der Krieg Russlands gegen die Ukraine und die zunehmende Intensität von Ransomwareangriffen – prägen weiterhin die Entwicklung im Bereich Cybersicherheit und bleiben für die Bedrohung kritischer Infrastrukturen bestimmend. Derzeit gibt es keine konkreten Hinweise darauf, dass staatliche Akteure gegen die Schweiz gerichtete, direkte Sabotageangriffe auf kritische Infrastrukturen oder deren Betreiber planen. In einem direkten Konflikt mit einem Staat würden solche Angriffe rasch wahrscheinlicher. Kollateralschäden in der Schweiz bei Angriffen auf kritische Infrastrukturen im Ausland sind aber möglich. Die konkreteste Bedrohung sind die kriminell und oft rein opportunistisch agierenden und finanziell motivierten Cyberakteure.

Dass meist finanzielle Motive hinter den festgestellten Cyberangriffen stehen, schliesst andere Motive nicht aus. Gewalttätig-extremistische, terroristische, nachrichtendienstliche oder machtpolitische Motive sind auch möglich. Entsprechend verfolgt die Täterschaft damit andere Ziele, die bis hin zu Sabotage reichen können. Zudem gehen Bedrohungen für kritische Infrastrukturen nicht allein von Cyberangriffen aus. So haben in Frankreich mehrfach Akteure mit Infrastruktursabotage und öffentlichkeitswirksamen Aktionen versucht, die Durchführung der Olympischen Spiele zu behindern. Physische Angriffe auf kritische Infrastrukturen im Ausland können auch Auswirkungen auf die Schweiz haben.

Cyberbedrohungen



RANSOMWARE UND ERHÖHTE KOMPLEXITÄT DER LIEFERKETTEN

Mit der Digitalisierung administrativer und produktiver Prozesse nehmen Interdependenzen und die Abhängigkeit von IKT-Dienstleistern zu. Die Versorgungs- und Dienstleistungskette wird komplexer. Vor diesem Hintergrund steigt das Schadenspotenzial sogenannter Ransomwareangriffe auf Unternehmen und kritische Infrastrukturen.

Ransomwareangriffe auf IKT-Dienstleister wie Xplain oder Concevis, die auch für Schweizer Sicherheitsbehörden tätig waren, zeigen die Problematik solcher Abhängigkeiten: Die finanziell motivierten Gruppierungen, die hinter den Ransomwareangriffen standen, wählten ihre Ziele opportunistisch. Sie nahmen keine Rücksicht auf die Konsequenzen bei einem Ausfall kritischer Infrastrukturen oder der Veröffentlichung sensitiver, sicherheitsrelevanter Daten.

Mit zunehmender Abhängigkeit können vermehrt kritische Infrastrukturen oder Prozesse in Mitleidenschaft gezogen werden, auch wenn der Angriff nicht direkt ihnen gilt. So wurden 2023 Sicherheitslücken in populären Anwendungen für Angriffe ausgenutzt, und innert kürzester Zeit wurde eine Vielzahl an Unternehmen, die diese Anwendungen einsetzten, Opfer von Ransomwaregruppen.

Die Digitalisierung von Prozessen geht weiter und der Einsatz von Softwarelösungen, Dienstleistungen und IKT-Infrastrukturen Dritter wird sich weiter erhöhen. Mit dieser Entwicklung wird auch die Komplexität weiter zunehmen und die Abhängigkeiten und Interdependenzen werden sich mehren. Dies wird für verschiedenste Unternehmen und Organisationen – sofern sie nicht kontinuierlich ihre Schutzmassnahmen weiterentwickeln – das Risiko nochmals erhöhen, Opfer eines kriminellen, das heisst finanziell motivierten Cyberangriffs zu werden.

Gleichzeitig wird die Konsolidierung und Fähigkeitsentwicklung bei kriminellen Akteuren fortschreiten. So bildeten sich in den letzten Monaten hochgradig professionelle Strukturen in der Ransomwareszene heraus, die den Trend hin zum sogenannten Ransomware-as-a-Service-Modell weiter verstärken. Dabei bieten verschiedene Gruppen ihre Schadsoftware, Angriffstechniken und für die nachgelagerte Erpressung notwendigen Bezahl- und Publikationsinfrastrukturen im Rahmen sogenannter Affiliate-Programme Dritten an, die selbstständig Ziele nach opportunistischen Prinzipien aussuchen. Die Resilienz solcher Konstrukte gegenüber der Strafverfolgung wird hoch bleiben. Dies zeigen auch mehrere von Strafverfolgungsbehörden koordinierte Aktionen zur Beschlagnahmung oder Abschaltung von Infrastrukturen diverser Ransomwaregruppen, die die Kriminellen teils innert Tagesfrist durch neue Infrastruktur ersetzten.

Das Risiko für kritische Infrastrukturen in der Schweiz, indirekt Opfer eines Angriffs zu werden, bleibt deshalb erhöht. Es besteht hauptsächlich in Form von Teilunterbrüchen gewisser von Dritten abhängiger Geschäftsprozesse oder der Publikation sensitiver Daten und Informationen, die bei einem Zulieferer oder Dienstleister gestohlen wurden.

HACKTIVISTISCHE AKTIONEN

In Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine und dem Krieg im Nahen Osten werden auch weiterhin Gruppierungen, die mit einer Konfliktpartei sympathisieren, Angriffe vor allem auf die Verfügbarkeit von Systemen ausführen. Dies betraf 2024 zum Beispiel diverse Webseiten von Schweizer Unternehmen und Behörden während der Konferenz für Frieden in der Ukraine auf dem Bürgenstock. Eine Hacktivistengruppe, die sich selbst als prorussisch deklariert, hatte mehrere Wellen von DDoS-Angriffen lanciert.

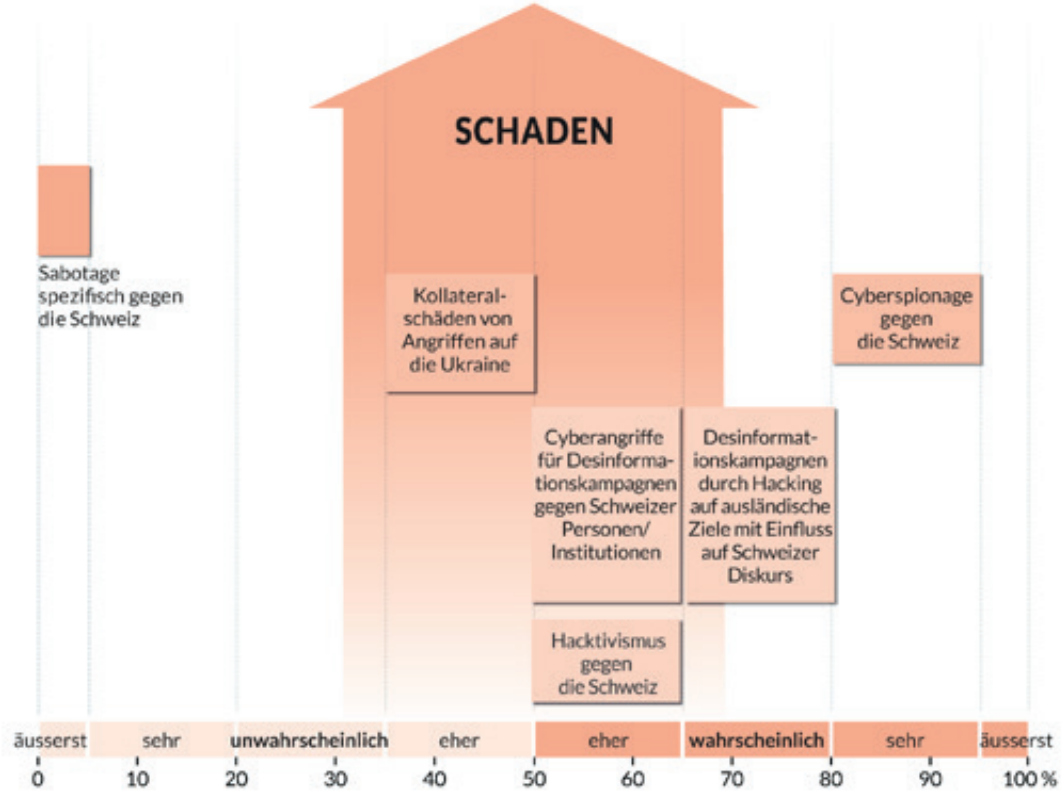
Solche Angriffe verursachen keinen oder nur geringfügigen Schaden und zielen in erster Linie auf einen Öffentlichkeitseffekt, können aber in seltenen Fällen zu Kollateralschäden führen.

Die Hacktivisten werden aktiv bleiben, solange der Krieg gegen die Ukraine und der Krieg zwischen Israel und der Hamas fortgeführt werden. Obwohl in den meisten Fällen Angriffe solcher Gruppierungen in erster Linie auf die Gewinnung der öffentlichen Aufmerksamkeit zielen und tatsächlich kaum Schaden entsteht, können zunehmend Abhängigkeiten und Interdependenzen kurzzeitig zu Kollateralschaden führen. Die Zielauswahl solcher Gruppierungen wird weiter von politischen Entwicklungen geprägt werden. Wenn sich die Schweiz in Bezug auf diese Kriege politisch exponiert, kann dies jeweils zu Angriffen von Hacktivisten auf Schweizer Ziele führen.

Vereinzelt geht von Gruppierungen eine direkte oder indirekte Bedrohung für kritische Infrastrukturen aus. Diese sind auf die Sabotage von IKT-Infrastrukturen und Komponenten fokussiert und nicht in erster Linie auf öffentlichkeitswirksame Angriffe auf die Verfügbarkeit von Webseiten. Ein öffentlich bekanntes Beispiel für eine solche Gruppierung ist die Iran-nahe Gruppe Cyber Av3ngers. Über eine Schwachstelle griff diese Gruppierung weltweit Industriekontrollsysteme an. Die Schwachstelle fand sich in Steuergeräten, die unter anderem in Wasserwerken, Fabriken oder Brauereien eingesetzt werden. Da die Steuergeräte von einem israelischen Unternehmen hergestellt werden, erachtet sie die Gruppe als legitimes Ziel – unabhängig vom Ort, an dem die Geräte installiert sind.

Die Täter brauchen für solche Angriffe nicht unbedingt grosses Fachwissen. Ältere Industriekontrollsysteme sind typischerweise nicht darauf ausgelegt, über das Internet angesteuert zu werden. Entsprechend ist ihre IKT-Sicherheit eher schwach. Wenn solche Systeme aber Fabrikationsprozesse steuern, kann das Schadensausmass gross sein. Machen solche Kampagnen im Rahmen bestehender Konflikte weiter Schule, erhöht sich auch das Risiko für kritische Infrastrukturen in der Schweiz, Opfer eines solchen Angriffs zu werden.

Mögliche Folgen des Kriegs in der Ukraine für die Schweiz im Cyberbereich



KENNZAHLEN 2023

Organigramm NDB

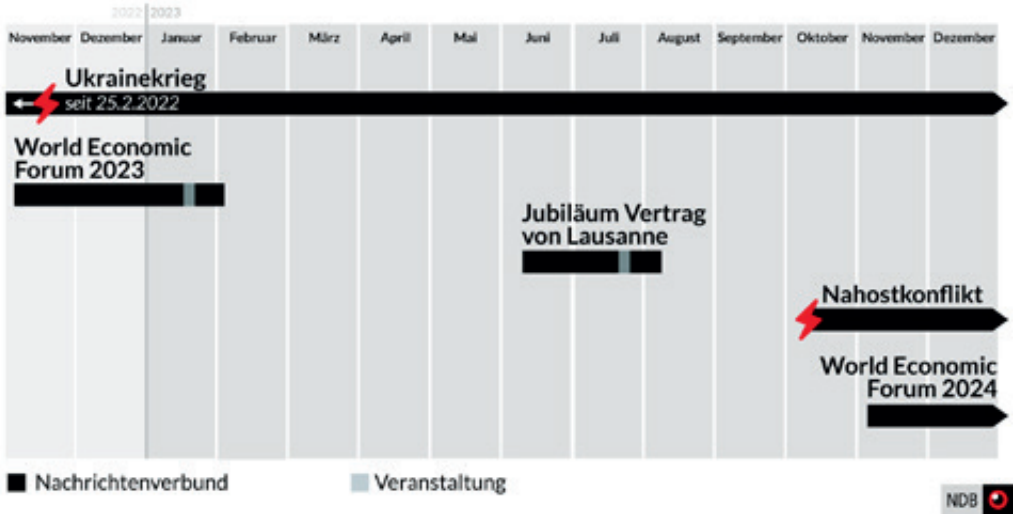
LAGEBEURTEILUNG

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB die erheblichen Bedrohungen für die Schweiz identifiziert und darüber berichtet.

Empfänger der Lagebeurteilungen des NDB waren der Bundesrat, daneben weitere politische Entscheidträger und zuständige Stellen in Bund und Kantonen, militärische Entscheidträger sowie die Strafverfolgungsbehörden. Der NDB bedient diese auf Bestellung oder aus eigenem Antrieb, periodisch oder spontan beziehungsweise termingebunden mit Informationen und Erkenntnissen aus allen Bereichen des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) und des klassifizierten Grundauftrags des NDB, sei dies in schriftlicher oder mündlicher Form.

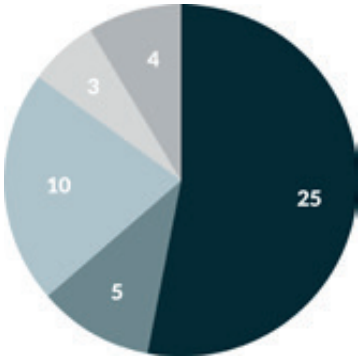
Nachrichtenverbund

Der NDB unterstützte 2023 die Kantone mit fünf von seinem Bundeslagezentrum geführten Nachrichtenverbunden.



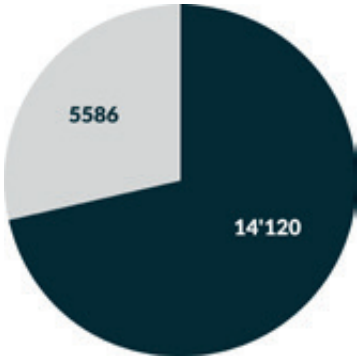
An Bundesbehörden eingereichte Amtsberichte nach Bereichen

Total 47



- Terrorismus
- Gewaltextremismus
- Verbotener Nachrichtendienst
- Proliferation
- Keinem dieser Themen ausschliesslich zuzuordnen

Austausch von Informationen mit Partnerdiensten



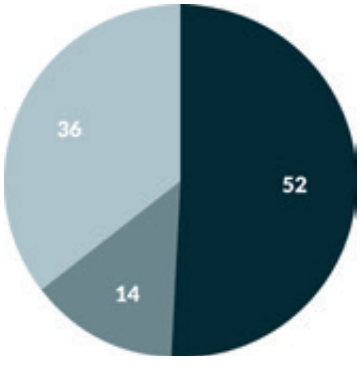
- Meldungen mit Aufgabenbezug von ausländischen Partnerdiensten
- An ausländische Partnerdienste weitergeleitete Meldungen mit Aufgabenbezug

SENSIBILISIERUNGS-PROGRAMM

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB zusammen mit den Kantonen Programme zur Schärfung des Bewusstseins für illegale Aktivitäten in den Bereichen Spionage und Proliferation unterhält.

Im Rahmen des Sensibilisierungsprogramms Prophylax nimmt der NDB Kontakt mit Unternehmen und Bundesbehörden auf. Ähnliche Arbeit leistet er im Rahmen des Sensibilisierungsmoduls Technopol an Hochschulen und Forschungsinstituten.

Ansprachen und Sensibilisierungen
Total 102



- Ansprachen und Sensibilisierungen mit Unternehmen und Wirtschaftsverbände
- Sensibilisierungen mit Hochschulen usw.
- Ansprachen und Sensibilisierungen mit Bundesbehörden

Fünf Herausforderungen für Nachrichtendienste

Lern- und Anpassungsfähigkeit

Komplexes internationales Umfeld

Exponentieller technologischer Fortschritt

Entwicklung des gesetzlichen Rahmens

Transformation der traditionellen Nachrichtendienstberufe

Agile Methoden des Organisationsmanagements

GENEHMIGUNGSPFLICHTIGE BESCHAFFUNGSMASSNAHMEN

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB in Fällen mit besonders grossem Bedrohungspotenzial in den Bereichen Terrorismus, verbotener Nachrichtendienst, Proliferation, Angriffe auf kritische Infrastrukturen oder Wahrung weiterer wichtiger Landesinteressen nach Artikel 3 NDG genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen einsetzen kann.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen sind in Artikel 26 ff. NDG geregelt: Diese Massnahmen müssen jeweils vom Bundesverwaltungsgericht genehmigt und nach Konsultation des Vorstehers des Eidgenössisches Departements für auswärtige Angelegenheiten und der Vorsteher des Eidgenössisches Justiz und Polizeidepartements von der Vorsteherin des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport freigegeben werden.

Die genehmigungspflichtigen Beschaffungsmassnahmen werden für maximal drei Monate genehmigt. Nach deren Ablauf kann der NDB einen begründeten Verlängerungsantrag für maximal weitere drei Monate stellen. Die Massnahmen unterstehen einer engen Kontrolle durch die Unabhängige Aufsichtsbehörde über die nachrichtendienstlichen Tätigkeiten und die Geschäftsprüfungsdelegation.

Genehmigte und freigegebene Massnahmen

Aufgabengebiet (Art. 6 NDG)	Operationen	Massnahmen
Terrorismus	**0**	**0**
Verbotener Nachrichtendienst	**1**	**71**
NBC-Proliferation	**0**	**0**
Angriffe auf kritische Infrastrukturen	**1**	**8**
Total	**2**	**79**

Von den Massnahmen betroffene Personen

Kategorie	Anzahl
Zielpersonen	**6**
Drittpersonen (laut Art. 28 NDG)	**1**
Unbekannte Personen (zum Beispiel nur Telefonnummer bekannt)	**5**
Total	**12**

Zählweise

- Bei den Massnahmen wird eine genehmigte und freigegebene Verlängerung (mehrmals möglich für maximal je drei Monate) als neue Massnahme gezählt, da diese im ordentlichen Prozess neu beantragt und begründet werden musste.
- Operationen und betroffene Personen werden hingegen nur einmal jährlich gezählt, auch bei Massnahmeverlängerungen.

KABELAUFKLÄRUNG

Mit dem NDG hat der NDB ebenfalls die Möglichkeit erhalten, zur Beschaffung von Informationen über sicherheitspolitisch bedeutsame Vorgänge im Ausland Kabelaufklärung zu betreiben (Art. 39 ff. NDG).

Da die Kabelaufklärung der Informationsbeschaffung über das Ausland dient, ist sie nicht als genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahme im Inland konzipiert.

Die Kabelaufklärung kann aber nur mit der Verpflichtung schweizerischer Betreiberinnen von leitungsgebundenen Netzen und Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen durchgeführt werden, die entsprechenden Signale an den Dienst Cyber und Elektromagnetische Aktionen der Schweizer Armee weiterzuleiten. Deshalb sieht das NDG in Artikel 40 f. für die Anordnungen an die Betreiberinnen beziehungsweise die Anbieterinnen ein Genehmigungs- und Freigabeverfahren analog demjenigen für genehmigungspflichtige Beschaffungsmassnahmen vor.

Ende 2023 waren 3 Kabelaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

FUNKAUFKLÄRUNG

Auch die Funkaufklärung ist auf das Ausland ausgerichtet (Art.38 NDG), was bedeutet, dass sie nur Funksysteme, die sich im Ausland befinden, erfassen darf. In der Praxis betrifft dies vor allem Telekommunikationssatelliten und Kurzwellensender.

Im Gegensatz zur Kabelaufklärung ist die Funkaufklärung genehmigungsfrei, weil bei der Funkaufklärung keine Verpflichtung von Anbieterinnen von Telekommunikationsdienstleistungen zum Erfassen von Signalen notwendig ist.

Zum Erfassen von Signalen notwendig ist. Ende 2023 waren 27 Funkaufklärungsaufträge in Bearbeitung.

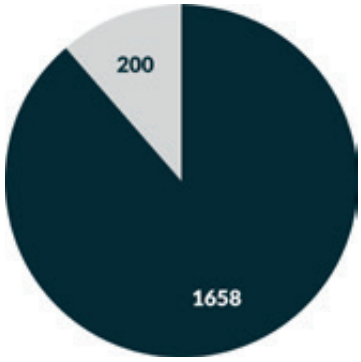
ÜBERPRÜFUNGEN IM BEREICH AUSLÄNDERDIENST UND ANTRÄGE AUF EINREISEVERBOT

Die Schweiz braucht den NDB, weil …
… der NDB bestimmte Personen aus dem Ausland auf eine mögliche Gefährdung der inneren Sicherheit des Landes prüft.

Ist der NDB der Auffassung, dass die betroffene Person ein potenzielles Risiko darstellt, kann er die Ablehnung des Antrags empfehlen oder bei den zuständigen Behörden Vorbehalte geltend machen. Je nach Gesuch kann es sich dabei um das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten, das Staatssekretariat für Migration oder das Bundesamt für Polizei handeln.

	Gesamtzahl der Prüfungen	Empfehlung auf Ablehnung
Akkreditierung von Diplomatinnen und Diplomaten sowie von internationalen Funktionärinnen und Funktionären	**6186**	**13**
Visumsgesuche bzw. Einreiseverweigerung		**4**
Gesuche um Stellenantritt und Aufenthaltsbewilligung im ausländerrechtlichen Bereich		**6**
Asyldossiers (Schutzstatus S)	**610** **81**	**0** (1 Ablehnung / 1 Entzug)
Einbürgerungsgesuche	**41’546**	**8**
Datensätze im Rahmen des Schengen-Visakonsultationsverfahrens Vision	**1’455’559**	**2**
API-Daten (Advance Passenger Information) *API-Daten, die keine Treffer mit den beim NDB vorhandenen Daten ergeben, löscht der NDB nach einer Bearbeitungsfrist von 96 Stunden.*	**2’855’665 Personen auf 16’721 Flügen**	

PERSONENSICHERHEITS-PRÜFUNGEN



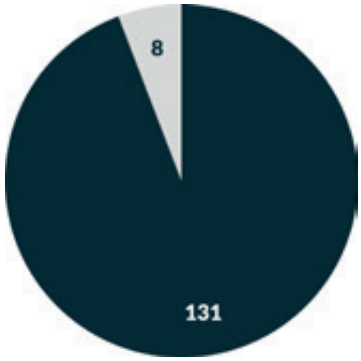
- Auslandabklärungen
- Vertiefte Abklärungen

zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen

Die Personensicherheitsprüfung stellt eine präventive Massnahme zur Wahrung der inneren Sicherheit der Schweiz sowie zum Schutz ihrer Bevölkerung dar. Sie erfolgt bei Personen in sicherheitsempfindlichen Funktionen mit Zugang zu klassifizierten Informationen, Materialien oder Anlagen.

Für die Bundeskanzlei und die Fachstelle für Personensicherheitsprüfungen des VBS führt der NDB im Rahmen von Personensicherheitsprüfungen Auslandabklärungen und vertiefte Abklärungen zu in den Informations- und Speichersystemen des NDB verzeichneten Personen durch.

Anträge auf Einreiseverbot



- Verfügt
- Noch in Bearbeitung Ende 2023

Von den 139 Einreiseverboten zur Wahrung der Sicherheit Schweiz, die der NDB beim Bundesamt für Polizei beantragt hat, wurden 131 ausgesprochen. 8 Anträge waren bei Jahresende noch in Bearbeitung. Kein Antrag wurde an den NDB zurückgewiesen.

TRANSPARENZ

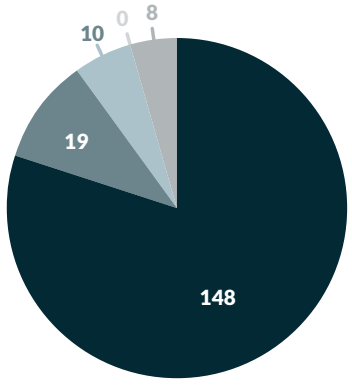
2023 gingen insgesamt 184 Auskunftsgesuche gestützt auf Artikel 63 NDG und Artikel 8 Datenschutzgesetz ein. Zudem wurde eine Nachfrage zu einem früheren Gesuch eingereicht. 148 Gesuchstellerinnen oder Gesuchsteller erhielten eine vollständige Antwort: Der NDB erteilte ihnen vollständig Auskunft darüber, ob und falls ja, welche Daten er zum Zeitpunkt des Gesucheingangs über sie bearbeitet hatte.

In 19 Fällen wurde die Antwort aufgrund von Geheimhaltungs-/Drittinteressen aufgeschoben oder verweigert (Art. 63 Abs. 2 NDG / Art. 9 Abs. 2 DSG).

In 10 Fällen wurden die formellen Voraussetzungen (wie zum Beispiel das Erbringen des Identitätsnachweises) für die Bearbeitung eines Gesuchs trotz entsprechender Aufforderung nach drei Monaten nicht erfüllt: diese Gesuche wurden als gegenstandslos abgeschrieben. 8 Auskunftsgesuche waren Ende 2023 noch unbeantwortet.

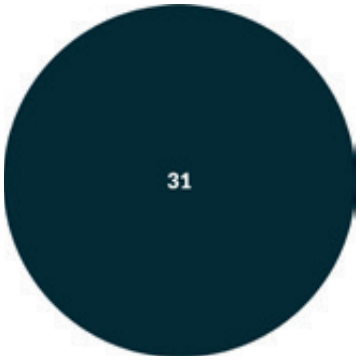
2023 gingen beim NDB 31 Zugangsgesuche aufgrund des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) ein.

Auskunftsgesuche
Total 185
(davon 1 Nachfrage zu einem früheren Gesuch)



- Übermittelte Antworten
- Aufgeschobene, eingeschränkte oder verweigerte Antworten
- Gesuche als gegenstandlos abgeschrieben (Frist abgelaufen)
- Gesuche mit formellen Mängeln zur Behebung innert drei Monaten (Frist offen)
- Auskunftsgesuche Ende 2023 noch unbeantwortet

Zugangsgesuche



PERSONAL UND FINANZEN

Der NDB legt besonderen Wert auf Familienfreundlichkeit. Er ist 2016 als eines der ersten Bundesämter als besonders familienfreundlicher Arbeitgeber zertifiziert worden.

Der NDB vertritt die Grundwerte „Vertrauen", „Zusammenhalt" und „Professionalität".

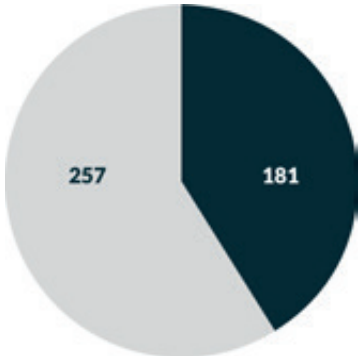
Herz des Dienstes sind hochqualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Dutzenden Berufen. Für viele von ihnen gehören weltweite Dienstreisen zum Alltag.

Der NDB spricht alle Landessprachen und seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind in der Lage, eine Vielzahl von Sprachen zu verstehen und sich darin auszudrücken. Der NDB fördert grösstmögliche Diversität auch als Mittel zu besserer nachrichtendienstlicher Teamleistung.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Total 438

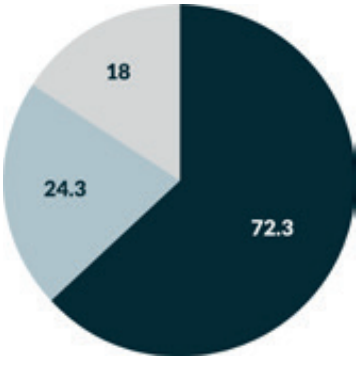
(Stand Ende 2023)



- Mitarbeiterinnen
- Mitarbeiter

Finanzen

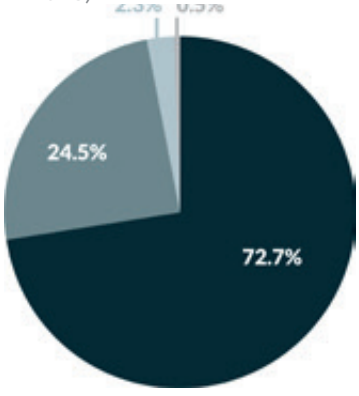
in Millionen Franken



- Personalaufwand
- Sach- und Betriebsaufwand
- Abgeltung an die Kantone für ihre Nachrichtendienste

Aufteilung nach Sprachen

(Stand Ende 2023)



- Deutsch
- Französisch
- Italienisch
- Rätoromanisch

ABBILDUNGSVERZEICHNIS

Umschlag: Nach dem terroristischen Grossangriff der Hamas auf Israel, Wüste Negev, 13. Oktober 2023
© Keystone / AFP / Jack Guez

1 Bürgenstock, Nidwalden, 16. Juni 2024
© Keystone / Michael Buholzer

2 Israelischer Angriff auf den Hafen von Hodeida, Jemen, 20. Juli 2024
© Keystone / AP / STR

3 Gemeinsame Marineübung Russlands und Chinas, Japanisches Meer, 15. September 2024
© Keystone / Sputnik / Vitaly Ankov

4 Fernsehdebatte zwischen Donald Trump und Kamala Harris, Philadelphia, 10. September 2024
© Keystone / AP / Alex Brandon

5 Internationale Ukrainehilfe seit Kriegsbeginn 2022, Datengrundlage: Kiel Institute, Ukraine Support Tracker – Methodological Update & New Results on Aid „Allocation" (June 2024), Link: Ukraine_Support_Tracker_-_Research_Note.pdf (ifw-kiel.de) (10.10.2024)

6 Sicherheitsmassnahmen bei einer Synagoge in Wiedikon, nachdem ein orthodoxer Jude von einem Jugendlichen mit dem Messer verletzt worden war, Kanton Zürich, 4. März 2024
© Keystone / Ennio Leanza

7 Bern, 31. August 2018
© Keystone / Westend61 / Jess Derboven

8 Trümmer einer russischen Rakete auf einem Feld in der Region Saporischja, 12. April 2024
© Keystone / EPA / Kateryna Klochko

9 Symbolbild
iStockphoto

10 Kritische Infrastrukturen können zum Ziel werden, Zug, 4. Juli 2017
© Keystone / Gaetan Bally

Redaktion
Nachrichtendienst des Bundes NDB

Redaktionsschluss
September / Oktober 2024

Kontaktadresse
Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern
E-Mail: info@ndb.admin.ch
www.ndb.admin.ch

Vertrieb
BBL, Verkauf Bundespublikationen,
CH-3003 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Art.-Nr. 503.001.24d
ISSN 1664-4671

SICHERHEIT
SCHWEIZ

Nachrichtendienst des Bundes NDB
Papiermühlestrasse 20
CH-3003 Bern

www.ndb.admin.ch / info@ndb.admin.ch